

PARITÄTREPORT

3 | 2022

SCHWERPUNKT: Energiekrise und Inflation

IM INTERVIEW: Sozialökonom Marcel Fratzscher

ROT-GRÜN REGIERT: Das halten wir vom Koalitionsvertrag



IMPRESSUM

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
Gandhistrasse 5a
30559 Hannover
Tel.: 0511 / 5 24 86-0
landesverband@paritaetischer.de

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BIC: BFSWDE33HAN
IBAN: DE73 2512 0510 0007 4495 00

Verantwortlich für den Inhalt

Kerstin Tack, Vorsitzende
Rainer Flinks, Vorstand Wirtschaft und Finanzen

Redaktion

Abteilung Grundsatz und Kommunikation
Leitung: Jens Starkebaum
Red.: Anika Falke und Uwe Kreuzer
report@paritaetischer.de

Druck

UmweltDruckhaus Hannover GmbH, Langenhagen

Gestaltung

neuwaerts GmbH, Hannover

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften behält sich die Redaktion das Recht auf redaktionelle Überarbeitung und Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint dreimal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bildnachweis

Titelbild: Halfpoint/istockphoto.com

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier mit mineralölfreien Druckfarben und CO₂-neutralem Versand.

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

was für ein Jahr! Nach der Corona-Pandemie hat uns der russische Angriff auf die Ukraine – erschreckt und die sicher geglaubte Friedensordnung in Europa in Frage gestellt. Aus Putins Angriffskrieg ist eine Energiekrise in Deutschland entstanden mit entsprechenden Folgen für Kosten und Preise. Viele Menschen haben angesichts der Inflation von zehn Prozent große Sorgen. Auch viele Einrichtungen der sozialen Infrastruktur sind von den massiven Preissteigerungen betroffen. Es ist daher ein wichtiger Erfolg unserer politischen Arbeit, dass es nun Entlastungen und Unterstützungen – sowohl vom Land als auch vom Bund – geben wird.

Denn: Als im Frühjahr Hunderttausende Menschen aus der Ukraine nach Deutschland flohen, war die Hilfsbereitschaft riesig. In der aktuellen Krise zeigt sich wiederum der Wert unserer gewachsenen sozialen Infrastruktur – soziale Einrichtungen sind wichtige Anlaufstellen für Menschen, die sich mit existenziellen Sorgen plagen. So stehen auch der Paritätische Niedersachsen und seine knapp 900 Mitgliedsorganisationen für ein zentrales Versprechen unseres Sozialstaats: Wir lassen niemanden allein! Wir helfen Geflüchteten! Wir unterstützen wirtschaftliche schwache Familien bei ihren Problemen! Damit beschäftigt sich diese Ausgabe des Parität Report.

Damit dieses Versprechen auch in der Zukunft eingelöst werden kann, muss die Sozialwirtschaft weiter gestärkt werden. Die neue niedersächsische Landesregierung muss schnell Antworten darauf finden, wie sie etwa mit dem Fachkräftemangel in der sozialen Arbeit umgehen will, wie sie gemeinnützige Vereine bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen unterstützt oder wie sie dafür sorgen will, dass die Freie Wohlfahrt den Anschluss an die digitalisierte Welt nicht verliert.



Wir brauchen ein Förderprogramm für die Digitalisierung der sozialen Arbeit, ähnlich, wie es das für die produzierende Wirtschaft gibt. Was wir sonst noch von der Landesregierung erwarten und wie wir den rot-grünen Koalitionsvertrag beurteilen, auch das lesen Sie in diesem Heft.

Liebe Leserinnen und Leser, der Jahreswechsel ist stets Gelegenheit, zurückzublicken und vorauszuschauen. Beim Blick zurück dürfen wir bei allem Schrecken das Gute nicht übersehen. Und der Ausblick in die Zukunft sollte uns nicht bange machen. Die Menschen in Niedersachsen stehen zusammen, und sie stellen sich Herausforderungen. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft auch weiterhin niemanden allein lässt. Dass wir sozial bleiben, hier in Niedersachsen.

Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre und frohe Feiertage!

Kerstin Tack Rainer Flinks
Vorsitzende Vorstand Wirtschaft und Finanzen

- 2 IMPRESSUM
- 3 EDITORIAL

SCHWERPUNKT – ENERGIEKRISE UND INFLATION

- 8 **„BLIND GEGENÜBER DEN BEDÜRFTIGEN“**
Interview mit Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin
- 12 **DIE SOZIALE INFRASTRUKTUR IST GEFÄHRDET**
Umfrage des Paritätischen zeigt: 90 Prozent der Einrichtungen fühlen sich in ihrer Existenz bedroht
- 14 **ENERGIEKRISE UND INFLATION VERSCHIEBEN DIE ARMUTSGRENZE**
Immer mehr Menschen in Niedersachsen suchen Schuldnerberatungsstellen auf
- 16 **DAMIT DAS LICHT NICHT AUSGEHT**
Webportal gestartet: Der Paritätische und der Erwerbslosenverein Tacheles e.V. bieten Beratung an
- 18 **DAS AUTARKE GEBÄUDE – GAR NICHT SO EINFACH**
Wärmepumpe, Solaranlage: Auch soziale Einrichtungen können sich unabhängiger machen
- 20 **AUF ZWEI RÄDERN RICHTUNG ZUKUNFT**
Der Pflegedienst kommt künftig mit dem Lastenrad
- 22 **ARMUT: VOM SKANDAL ZUM GESELLSCHAFTLICHEN SPRENGSTOFF**
Arme Menschen sind die Verlierer*innen der Dauerkrise
- 24 **RAUS AUS DER KRISE – MIT KLIMASCHUTZ UND SOZIALER SICHERHEIT**
Bündnis fordert massive Investitionen in Klimaschutz, soziale Sicherheit und gerechte Lastenverteilung



8



20

NACHRICHTEN

- 28 **EINORDNUNG DES KOALITIONSVERTRAGS DER NEUEN ROT-GRÜNEN LANDESREGIERUNG**
Viele Forderungen des Paritätischen wurden aufgegriffen und berücksichtigt
- 30 **ERLEBNIS SPRACHE – SPRACHE ERLEBEN!**
Das Studentenwerk Göttingen ist Träger einer ganz bilingualen Kindertagesstätte
- 31 **MITGLIEDSORGANISATIONEN IM FOKUS**
Preise und Umbenennung: Nachrichten aus der paritätischen Familie
- 32 **HANNOVERSCHE WERKSTÄTTEN ÜBERNEHMEN TAGESSTÄTTE WERTE**
Die Tagesstätte, die psychisch Erkrankten Struktur bietet, stand vor der Auflösung
- 33 **VEREINT IN DIE NEUE SPIELZEIT**
Deutsches Taubblindenwerk verlängert Kooperation mit Hannover United
- 34 **SCHWEDEN...SKANDINAVIEN-INFIZIERT!**
Erlebnistour für Jugendliche des Paritätischen
- 35 **BÄM-KAMPAGNE 2.0 – JETZT AUCH IM RADIO!**
Neues vpon der zweiten Runde der Kampagne zur Stärkung der Offenen Jugendarbeit



42

PANORAMA UND SERVICE

- 38 **DER PARITÄTISCHE MITTENDRIN**
Talk zur Landtagswahl, Kita-Job-Speeddating, Wahlzeit? Mahlzeit! und #solidarischerherbst
- 40 **PERSONALIA**
- 41 **LEBENSILFE FEIERT 60-JÄHRIGES BESTEHEN**
Beim Festakt zum Jubiläum standen Vielfalt und Teilhabe im Mittelpunkt
- 42 **PARITÄTISCHER NIEDERSACHSEN UNTERSCHREIBT #POSITIVARBEITEN – SIE AUCH?**
Deklaration macht deutlich: Diskriminierung und Ausgrenzung haben bei uns keinen Platz!
- 43 **WILLKOMMEN IM PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN**
- 44 **VERANSTALTUNGEN**
- 45 **VERBANDSJUBILÄEN**
- 46 **DER PARITÄTISCHE STELLENMARKT**
- 47 **IHR PARITÄTISCHER IN NIEDERSACHSEN**

SCHWERPUNKT – ENERGIEKRISE UND INFLATION



„BLIND GEGENÜBER DEN BEDÜRFTIGEN“

Ökonom Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, kritisiert das Gießkannenprinzip, das die Bundesregierung bei der Krisenbekämpfung anwendet. Er will mehr Unterstützung für Armutsbetroffene, Unterstützung für soziale Einrichtungen und mehr Tempo bei der Energiewende.

Parität Report: Herr Fratzscher, wir befinden uns in einer Krise, wie sie die meisten Menschen in Deutschland noch nie erlebt haben. Zweistellige Inflationsraten, die Sorge vor Gasknappheit – viele Menschen haben große Sorgen. Sind Sie zufrieden mit den Entlastungen, die die Ampel-Koalition bislang beschlossen hat?

Prof. Marcel Fratzscher: Was die Größenordnung angeht, auf jeden Fall. Keine Regierung in Europa schützt mehr Hilfen aus als Deutschland. Wenn man die Gas- und Strompreisbremse einrechnet, sind wir da jetzt schon bei rund 200 Milliarden Euro. Und da kommt bestimmt noch mehr.

Aber?

Die Verteilung stimmt einfach nicht, das ist geradezu miserabel geregelt. Das Gießkannenprinzip, das die Regierung hier anwendet, wird der gesellschaftlichen Lage nicht gerecht. Nehmen wir die Gaspreisbremse als Beispiel. Wer eine Villa besitzt oder eine große Eigentumswohnung und wahrscheinlich über genug Einkommen oder Vermögen verfügt, um die höheren Energiepreise abzufedern, bekommt mehr Unterstützung als eine alleinerziehende Mutter, die überhaupt keine Rücklagen hat. An dieser Stelle zeigt die Ampel-Koalition leider eine gewisse Blindheit gegenüber sozial Bedürftigen.

Was hätten Sie sich anders gewünscht? Wo hätte die Regierung noch mehr machen können?

Man muss der Ehrlichkeit halber feststellen, dass die Verantwortung für diese gesellschaftliche Unwucht nur in begrenztem Maß bei den aktuell handelnden Personen zu suchen ist. Tatsächlich ist die angesprochene Blindheit systemisch bedingt. Unser Staat hat schlicht zu wenige Informationen über seine Bürgerinnen und Bürger, um sie zielgerichtet unterstützen zu können. Wir wissen nicht genau: Wer ist in welchem Maß bedürftig? Wer braucht jetzt wie viel

Geld? Da hapert es daran, die relevanten Informationen der Sozialsysteme zusammenzubringen.

Aber trotzdem hätte die Bundesregierung gerechtere Modelle finden können, um die Menschen in dieser Krise zu unterstützen. Ein Energiegeld von 1200 Euro pro Person und Jahr wäre so eine Möglichkeit gewesen. Dieses hätte man ans Haushaltseinkommen koppeln können, sodass einkommensschwache Haushalte in kleinen Mietwohnungen davon profitiert hätten, nicht aber wohlhabende Menschen. Dieses Geld hätte man auch zur freien Verwendung auszahlen können. Dann hätten armutsbetroffene Haushalte das Geld auch für den Lebensmitteleinkauf nutzen können. Dafür geben Arme ja anteilig viel mehr Geld aus als Reiche. So hat jeder Mensch unterschiedliche Bedürfnisse in dieser Krise. Das kann keine Gaspreisbremse und kein Tankrabatt ausreichend abdecken. Solche Modelle helfen den Wohlhabenden immer mehr als den Armen.

Welche Unterstützung – oder Entlastung – brauchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Verbraucherinnen und Verbraucher langfristig, um gut durch die Krise zu kommen – und um für kommende Krisen gewappnet zu sein?

Wir sehen gerade sehr deutlich, dass so eine Krise nicht nur Menschen im Leistungsbezug trifft, das geht bis weit in die gesellschaftliche Mitte. Entsprechend müssen wir parallel zwei unterschiedliche Ansätze verfolgen. Punkt eins: Wir müssen die Grundsicherung stärken, auch die Grundsicherung im Alter. Die Anhebung um 53 Euro ist ein Anfang, sie gleicht aber eigentlich nur die Inflation aus. Die Regelsätze waren vor der Krise schon nicht ausreichend, also sind sie es trotz dieser Erhöhung jetzt auch nicht. Wir müssen arbeitslose Menschen auch besser als bisher dabei unterstützen, wieder in Arbeit zu kommen. Gute Beratung, Weiterbildung, Unterstützung – das



Arbeit muss sich lohnen: Wer ein Leben lang für den Mindestlohn arbeitet, darf nicht in der Altersarmut landen.

fällt alles nicht vom Himmel. Ob die Bürgergeld-Reform da Besserung bringt, muss sich noch zeigen.

Und der zweite Ansatz?

Die Arbeitseinkommen müssen steigen, und ganz generell müssen sie auskömmlich sein. Der Mindestlohn, vor allem nach der Anhebung auf zwölf Euro, ist da eine gute Grundlage. Aber viele Menschen arbeiten in Teilzeit, denen reicht das Geld dann trotzdem nicht zum Leben. Minijobs sind in vielen Fällen katastrophal. Der reine Nebenjob, wie ihn die Politik ursprünglich geplant hatte, ist der Minijob für sehr viele Menschen eben nicht. Die Politik könnte da vieles zum Besseren wenden und für bessere Arbeitsbedingungen sorgen. Sie könnte mehr der Tarifverträge für allgemeingültig erklären, Steuern für Geringverdiener und die Sozialabgaben senken, Arbeit weniger und Vermögen stärker belasten. Die allermeisten Menschen wollen sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen und nicht vom Staat abhängig sein. Dafür ist wichtig, dass der Lohn zum Leben reicht.

Die Energiekrise zeigt uns, wie fatal die Abhängigkeit von einem großen Energieträger (und von einem Lieferanten) ist. Wie muss die Energieversorgung in Deutschland umgebaut werden, um nicht wieder in eine solche Abhängigkeit zu geraten?

Wir müssen vor allem die Erneuerbaren Energien weiter ausbauen, und zwar viel schneller als bisher. Bei den Grenzkosten sind die Erneuerbaren ja jetzt schon

viel günstiger, das wäre also auch volkswirtschaftlich vernünftig. Dadurch erlangt unsere Gesellschaft auch mehr Souveränität und Unabhängigkeit. Aktuell verschieben wir die Abhängigkeit nur von einem Autokraten zum nächsten, und dem Klima helfen neue Gaslieferverträge auch nicht. Die Energiewende ist nicht einfach zu bewerkstelligen, klar. Aber wir müssen das hinkriegen. Entbürokratisierung, schnellere Genehmigungsverfahren – das sind wichtige Schlüssel. Eine Europäisierung der Verfahren wäre auch hilfreich, allein schon, um Risiken zu teilen.

Brauchen wir auch mehr dezentrale Energieerzeugung?

Da gibt es sehr interessante Projekte, aber eine totale Regionalisierung der Energieversorgung würde zu viel Ungleichheit führen. Wichtiger wäre, die Teilhabe an der Energiewende nicht großen Konzernen allein zu überlassen, sondern die Bürgerinnen und Bürger viel stärker einzubeziehen. Das geht gut zum Beispiel bei Windkraftanlagen. Gerade in Niedersachsen gibt es tolle Projekte, wo Menschen, die in der Nähe eines Windrads leben, selbst in die Anlage investiert haben und so vom Gewinn profitieren. Solche Modelle können die Akzeptanz der Erneuerbaren massiv steigern, selbst in Ländern wie Bayern, die sich mit dem Ausbau bisher schwertun.

Machen wir so Energie auch günstiger?

Perspektivisch auf jeden Fall, kurz- und mittelfristig vielleicht noch nicht. Aber während Energie aus rege-



Foto: Tafel Deutschland e.V./Monique Wostenhagen

Ehrenamtlicher im Einsatz für die Tafel: Die Tafeln füllen eine Lücke, wo der Staat versagt – in der aktuellen Krise darf der Staat die Tafeln nicht alleinlassen.

nerativen Quellen tendenziell günstiger wird, steigen die Preise für fossile Rohstoffe. Es ist also so oder so der richtige Weg.

Muss der Energiemarkt künftig auch stärker reguliert werden?

Ich bin ja Ökonom. Ich sehe nicht nur die Schwächen, sondern auch die vielen Stärken unserer Marktwirtschaft. Ich halte zum Beispiel nichts davon, den Energiesektor zu verstaatlichen. Dadurch würde uns Kapital verloren gehen, aber auch Unternehmergeist und Innovation. Wir brauchen finanzstarke Akteure in der Wirtschaft, um bei innovativen Technologien schnell gewisse Skaleneffekte zu erreichen. Dafür sind mitunter riesige Investitionen nötig, aber nur so werden neue Technologien langfristig erschwinglich. Aber: Ja, der Energiemarkt braucht bessere Kontrolle und Regulierung. So etwas wie mit Uniper darf nicht

noch einmal passieren. Die haben sich sehenden Auges total von Russland abhängig gemacht und damit jahrelang sehr gut verdient. Jetzt rächt sich diese Abhängigkeit, das Geschäftsmodell stürzt in sich zusammen, und der Steuerzahler muss dafür aufkommen, dass die Scherben zusammengekehrt werden. Das darf nicht sein. Da muss der Staat seine Hausaufgaben machen.

Viele unserer Mitgliedsorganisationen melden uns zurück, dass nicht nur ihre Klientinnen und Klienten, sondern auch die sozialen Einrichtungen selbst in existenziellen Schwierigkeiten stecken. Oft geht es um alte, sanierungsbedürftige Gebäude. Und weil gemeinnützige Vereine ja keine großen Rücklagen bilden dürfen, fehlt meist das Geld für Investitionen, zum Beispiel in Solaranlagen oder eine Gebäudedämmung. Brauchen

wir ein Investitionsprogramm für die soziale Arbeit?

Wir brauchen überhaupt massive Investitionen in den Energiesektor. Da brauchen wir an der einen oder anderen Stelle tatsächlich auch Deregulierung, um zum Beispiel Windkraft- und Solaranlagen schneller bauen zu können. Wir brauchen massive Investitionen in die Gebäudesanierung. Also, ja, ein Förderprogramm für soziale Einrichtungen wäre bestimmt eine gute Sache. Da ist der Staat meiner Meinung nach auch in der Pflicht. Das sieht man gut am Beispiel der Tafeln. Eigentlich hat der Staat die Aufgabe, die Grundversorgung seiner Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Das schafft er aber nicht, die Gründe sind da erst mal egal. Jedenfalls füllen die Tafeln eine Lücke, wo der Staat versagt. Dann darf der Staat wiederum die Tafeln und andere soziale Einrichtungen nicht allein lassen, wenn sie Unterstützung bei der politisch gewünschten Energiewende benötigen. Und prinzipiell betrifft das ja nicht nur das Thema Energiewende – überhaupt müssen sich die Rahmenbedingungen in der sozialen Arbeit verbessern. Da ist viel zu lange gespart worden.

Zur aktuellen Energiekrise kommt die Sorge um den Klimawandel – mit Wasserknappheit, Waldbränden und Überflutungen ist der längst auch in Deutschland angekommen. Der Paritätische engagiert sich gemeinsam mit anderen Organisationen, zum Beispiel aus dem Naturschutzbereich, für die sozial-ökologische Wende. Wie sieht für

Sie sozial gerechter Klimaschutz aus?

Für mich bedeutet das, dass die Gesellschaft die Menschen am meisten unterstützt, die am stärksten von den Umwälzungen und auch vom Klimawandel belastet werden. Das kann man am Einkommen festmachen oder, wenn wir über klimatische Veränderungen sprechen, am Wohnort. Das kann man zum Beispiel über ein Klimageld regeln. Um das gerecht zu verteilen, bräuchten wir aber, wie eingangs erwähnt, noch genauere Informationen. Außerdem müssen wir einerseits weiter Klimaschutzmaßnahmen unterstützen, aber auch die Anpassungen an die Folgen der Klimaerwärmung in den Blick nehmen. Die Landwirtschaft muss sich verändern, und die Küstenorte an Nord- und Ostsee werden massiv betroffen sein. Da muss die Gesellschaft, da muss der Staat aktiv werden, sonst droht ein enormes soziales Ungleichgewicht. Das gilt für die Situation in Deutschland, und das gilt erst recht global gesehen. Wer über sozial gerechten Klimaschutz spricht, darf die Situation in den armen Ländern, die am meisten unter der Klimaerwärmung leiden, nicht ignorieren.



UWE KREUZER

Referent für Presse und Medien
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
uwe.kreuzer@paritaetischer.de

INTERVIEWPARTNER



Foto: DIW Berlin/B. Dietl

Marcel Fratzscher ist Wissenschaftler, Autor und Kolumnist zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität. Er ist Mitglied des High-Level Advisory Board der UN zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen und Mitglied des Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums. Seine Arbeit fokussiert sich auf Themen der Makroökonomie und Finanzmärkte, der Ungleichheit, der Globalisierung und Integration Europas. Im März 2022 ist sein Buch „Geld oder Leben – Wie unser irrationales Verhältnis zum Geld unsere Gesellschaft spaltet“ erschienen.

DIE SOZIALE INFRASTRUKTUR IST GEFÄHRDET

Umfrage in sozialen Einrichtungen zu steigenden Energiekosten: 90 Prozent der Einrichtungen und Dienste sind gefährdet! Der Paritätische schlägt Alarm und fordert einen umfassenden Schutzschirm für soziale Angebote.

Für gemeinnützige soziale Einrichtungen stellen die aktuellen Preissteigerungen und die Energiekrise ein existenzielles Risiko dar. Das ist das Ergebnis einer bundesweiten Umfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverbands in seiner Mitgliedschaft, an der sich über 1.300 Einrichtungen aus dem gesamten Spektrum sozialer Arbeit beteiligten. 90 Prozent der Befragten sehen ihre Einrichtung gefährdet. 46 Prozent der teilnehmenden Einrichtungen geben an, dass sie es ohne Hilfe maximal ein Jahr schaffen, ihre Angebote weiterzuführen.

Der Paritätische Niedersachsen startete eine zusätzliche Umfrage unter seinen eigenen mehr als 870 Mitgliedsorganisationen, die ähnliche Ergebnisse brachte. Die Organisationen konnten bei der Umfrage auch angeben, welche Themen sie aktuell besonders beschäftigen. 87,20 Prozent der Teilnehmer*innen bezeichnen die Energiekosten als die größte Belastung für ihre Organisation. Darauf folgen mit deutlichem Abstand Lebensmittelkosten (57,32 Prozent), Beschaffungskosten (53,05 Prozent), Personalkosten (46,43 Prozent), Baumaterialkosten (40,24 Prozent) und Investitionskosten (36,59 Prozent). Daraus ergibt sich ziemlich konkret, welche Unterstützung die sozialen Einrichtungen benötigen. Ein Energiepreisedeckel allein reicht nicht, um die soziale Infrastruktur fit für die Zukunft zu machen.

Der Paritätische schlägt vor diesem Hintergrund Alarm und fordert einen umfassenden Schutzschirm für soziale Einrichtungen und Dienste. Der Verband geht davon aus, dass ein zweistelliger Milliardenbetrag notwendig ist und mahnt Eile an. Bund, Länder und Kommunen müssten schnellstmöglich unbürokratisch verlässliche und finanziell auskömmliche Absicherung schaffen.

“Die Umfrage zeigt, dass es akuten Hilfebedarf gibt, da die massiven Preissteigerungen bei Strom und

Wärme bereits kurzfristig greifen. Gemeinnützige Träger können Kostensteigerungen nicht einfach an ihre Klient*innen weitergeben, Rücklagen dürfen sie nur in begrenztem Umfang bilden und aufgrund der besonderen Schutzbedürftigkeit der von ihnen unterstützten Personen lässt sich auch nicht einfach die Heizung runter drehen“, mahnt Joachim Rock, Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa des Paritätischen Gesamtverbands.

Die Ergebnisse der Umfragen belegen die Dringlichkeit: Bei 28 Prozent der befragten Einrichtungen stehen bereits in diesem Monat steigende Abschlagszahlungen für Strom an, für zwei Drittel aller Einrichtungen werden steigende Abschläge zeitnah bis Januar 2023 erwartet. Bei den Heizkosten, für die 71 Prozent der Befragten eine Verdopplung und 26 Prozent sogar eine Verdreifachung erwarten, ist es ähnlich. Über 77% der befragten Einrichtungen rechnen neben den drastischen Preissteigerungen für Strom und Heizung zudem mit weiteren Kostensteigerungen, insbesondere die gestiegenen Lebensmittel- und Spritkosten belasten die sozialen Einrichtungen schon jetzt.

“Wenn gemeinnützige soziale Einrichtungen und Dienste nicht schnell, umfassend und unbürokratisch unterstützt werden, droht im Sozialen ‚Tabula Rasa‘“, warnt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands. Schneider appelliert an die Politik, keine Zeit verstreichen zu lassen. Soziale Einrichtungen und Dienste bräuchten umgehend eine verbindliche Zusage, dass man sie nicht im Regen stehen lasse. Gemeinnützige Organisationen mit ihrer Arbeit für und mit Menschen, die selber auf Hilfe, Beratung und Schutz angewiesen sind, leisteten täglich einen unverzichtbaren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und seien auch für die Krisenbewältigung existenziell.



Die gestiegenen Energiekosten und die allgemeine Inflation belasten soziale Einrichtungen und Dienste – Mahlzeitendienste, Betreuungsangebote, die Obdachlosenhilfe und Beratungsstellen sind nur einige Beispiele.

“Es kommt jetzt auf echte Solidarität an, damit wir unsere Gesellschaft sozial und ökologisch krisenfest und zukunftsfähig gestalten“, so Schneider. Es brauche zielgerichtete Entlastungen für jene, die Unterstützung dringend brauchen, aber auch eine Gesamtstrategie für eine nachhaltige, bezahlbare Grundversorgung. Gemeinsam im breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis ruft der Paritätische unter dem Motto “Solidarisch durch die Krise – Soziale Sicherheit schaffen und fossile Abhängigkeiten beenden!” für Samstag, den 22. Oktober 2022 zu Demonstrationen in sechs Städten auf.

Auf dem Weg hin zu einer sozial gerechten und inklusiven Gesellschaft, in der alle Menschen über gleiche Teilhabechancen verfügen, bleibt in Niedersachsen noch einiges zu tun. Vor diesem Hintergrund haben wir am 27. Juni unsere politischen Forderungen in einer Lang- und Kurzfassung sowie unsere Kampagnenwebseite veröffentlicht und damit unsere paritätische Erwartungshaltung an die zukünftige Landes

ENERGIEKRISE UND INFLATION VERSCHIEBEN DIE ARMUTSGRENZE

Immer mehr Menschen in Niedersachsen suchen Schuldnerberatungsstellen auf. Das Land will diese wichtigen Anlaufstellen nun schnell unterstützen.

Energiekrise und Inflation sind insbesondere für Bürger*innen mit kleinen und mittleren Einkommen existenziell spürbar. Die Armutsgrenze verschiebt sich, die Ängste unter den Betroffenen sind groß. Die Landesregierung will unter anderem mit zusätzlichem Personal in den sozialen Schuldnerberatungsstellen gegensteuern.

Nach Abschwächung der Coronakrise hat sich die Lebenssituation vieler Menschen gerade erst wieder stabilisiert. Nun steht insbesondere für Bezieher*innen kleiner und mittlerer Einkommen ökonomisch eine viel bedrohlichere Notlage vor der Tür. Und dies zeigt sich auch bei den Ratsuchenden in der Schuldnerberatung. Der überwiegende Teil der Klient*innen verfügt nur über ein geringes Einkommen. Häufig sind es Bezieher*innen von (aufstockenden) Sozialleistungen, Menschen, die im Niedriglohntor arbeiten, oder Personen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht (voll) arbeiten können. Sehr oft tragen sie nicht nur für sich allein die Verantwortung, sondern auch für ihre Kinder, denn Kinder sind leider auch ein nicht geringes Armutsrisiko. Und die Ratsuchenden sind jung, mehr als 50 Prozent der Klient*innen in der Schuldnerberatung sind unter 40 Jahre alt.

Spätestens seit dem Angriff auf die Ukraine sind Nachrichten über die steigende Inflation und explodierende Energiepreise tagtäglich in aller Munde. Seit etwa Mitte dieses Jahres sind diese Themen auch in der Schuldnerberatung sehr präsent.

Kamen die Ratsuchenden bisher meist erst dann, wenn eine akute Verschuldungssituation vorlag, mehren sich jetzt die Anfragen von Menschen, die merken, dass sie mit ihrem Haushaltseinkommen einfach nicht mehr auskommen. Sei es, dass der Energieversorger höhere Abschlagszahlungen angekündigt hat; sei es, dass der wöchentliche Lebensmitteleinkauf nicht mehr in gewohnter Form machbar ist; sei es, dass die stark gestiegenen Kraftstoffpreise den Weg zur Arbeit für Pendler*innen so stark verteuern,

dass sich ihre Arbeit kaum noch rentiert – die Gründe für den Gang zur Beratung sind vielschichtig, aber immer wieder werden ähnliche Ursachen genannt.

In dieser Situation heißt es zuerst, sich einen Überblick zu verschaffen: eine Übersicht über die festen Einnahmen und Ausgaben sowie über die variablen Zahlungen etwa für Lebensmittel oder Kraftstoff bilden die Basis der Budgetberatung. Hierzu werden Kontoauszüge und Kassenzettel ebenso ausgewertet wie ein Haushaltsbuch, welches auch digital geführt werden kann. Gemeinsam mit dem oder der Ratsuchenden wird überlegt, welche Einsparpotenziale es gibt und wie das Einkommen eventuell erhöht werden kann. Hier spielt Sozialleistungsberatung eine wichtige Rolle: Der Kreis der Wohngeldberechtigten wird sich ab 2023 beispielsweise stark erweitern; in den Monaten, in denen die Jahresabrechnung der Energieversorger fällig wird, kann ein Anspruch auf ALG II oder Grundsicherung bestehen. Über Leistungen wie den Kinderzuschlag oder auch kommunale Angebote sind viele Familien nicht ausreichend informiert. Eine zusätzliche zielgruppenspezifische, umfassende Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit könnte die Selbsthilfepotenziale von Menschen stärken, die noch nicht verschuldet sind, denen aber möglicherweise bald die Verschuldung droht.

Allerdings kann der Weg, eine Entlastung in erster Linie über eine Ausweitung der Gruppe von Sozialleistungsbezieher*innen herbeizuführen, auch sehr kritisch gesehen werden: Wenn es jemandem nicht mehr möglich ist, mit einer Vollzeitbeschäftigung in einem Ausbildungsberuf sich und die eigenen Kinder zu ernähren, sinkt das Selbstwertgefühl der Betroffenen stark, der Wert der eigenen Arbeit und Person wird hinterfragt und so die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben. Denn die derzeitige Krise führt Bevölkerungsgruppen aus der Mittelschicht direkt in die Armut. Die Polarisierung als Folge von immer größer werdender Einkommensungleichheit nimmt rasant zu.



Für viele Menschen ein schwieriger Schritt – aber die Schuldnerberatung kann bei vielen Problemen helfen.

Es ist Aufgabe der Wohlfahrtsverbände, deutlich auf diese sozialpolitischen Gefahren hinzuweisen.

Das Land Niedersachsen hat auf die Krise sehr schnell reagiert: mit der zusätzlichen Schaffung von einer halben Stelle pro geförderter sozialer Schuldnerberatungsstelle wahlweise als Verwaltungskraft oder als Berater*in. Ob dieser Umfang ausreicht, wird sich anhand des sich in den nächsten Monaten zeigenden Bedarfs bald herausstellen.

Das größere Problem wird die kurzfristige Gewinnung von qualifiziertem Personal sein. Der Markt an Sozialarbeiter*innen, Pädagog*innen und Betriebswirt*innen ist an sich schon weitgehend leergefegt. Eine Zusatzausbildung in Schuldnerberatung und Fachkräfte, die sich in diesem Bereich fortbilden und arbeiten wollen, sind selten.

Schuldnerberatung ist auch nur zu einem sehr geringen Anteil Bestandteil der einschlägigen Studiengänge, sodass an dieser Stelle kaum Interesse für das Arbeitsfeld Schuldnerberatung geweckt wird.

Gleichzeitig suchen 64 Beratungsstellen zusätzlich zur üblichen Personalfuktuation neue Kräfte.

Ob und wie die Stellenbesetzung gelingen wird, bleibt also abzuwarten. Die Schuldnerberatungsstellen rechnen für das kommende Jahr mit einer deutlichen Zunahme der Ratsuchenden abseits des bisherigen Klientels und damit einhergehend mit einer ebenso deutlich steigenden Nachfrage nach Budgetberatung, um eine akute Verschuldungssituation zu vermeiden. Bedient werden kann die steigende Nachfrage tatsächlich nur mit einer Erweiterung der Personaldecke.



DOROTHEE RENSEN

Leiterin Arbeitskreis Schuldnerberatung
Leiterin Schuldnerberatung Paritätischer Oldenburg-
Ammerland/Wittmund
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
dorothee.rensen@paritaetischer.de

DAMIT DAS LICHT NICHT AUSGEHT

Webportal freigeschaltet: Erwerbslosenverein Tacheles e.V. und Paritätischer Wohlfahrtsverband starten Aufklärungs- und Unterstützungskampagne für Betroffene hoher Energiekosten



Angesichts stark steigender Energiekosten haben Tacheles e.V. und der Paritätische Wohlfahrtsverband die bundesweite Kampagne "Energie-Hilfe" gestartet, mit der Menschen über ihre Rechte auf behördliche Übernahme von Energiekosten aufgeklärt werden sollen. Im Zentrum der Kampagne steht die Webseite **www.energie-hilfe.org**, die Betroffene hoher Energiekosten umfangreich über ihre sozialrechtlichen Ansprüche informiert und Musteranträge zur Verfügung stellt. Der Mangel an ausreichenden, gezielten Hilfen für die von Inflation und explodierenden Energiekosten am härtesten Betroffenen wird nach Einschätzung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands und des Erwerbslosen- und Sozialhilfevereins Tacheles e.V. zu einer deutlichen Steigerung der Anzahl an Anspruchsberechtigten im Bereich der Grundsicherung führen.

Um Betroffenen die Antragstellung zu erleichtern und die fristgerechte Wahrung von Ansprüchen zu ermöglichen, werden auf dem Portal leicht verständliche und einfach zugängliche Informationen bereitgestellt und die nötigen Antragsformulare zum Download angeboten. Beratungsstellen und -einrichtungen können sich auf der Website umfangreich über Anspruchsberechtigungen und Möglichkeiten zur Rechtsdurchsetzung informieren.

"Trotz Doppelwumms wird es viele Menschen geben, die ihre Energierechnungen nicht mehr zahlen können", warnt Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. "Die Website Energie-Hilfe.org leistet konkrete Hilfe, indem sie Betroffene über ihre Ansprüche aufklärt und die Antragstellung erleichtert."

Harald Thomé, Vorstand von Tacheles e.V., ergänzt: "Mit dieser Kampagne richten wir uns insbesondere auch an die Menschen, die ihre hohen Energiekosten mit ihrem Einkommen nicht mehr bezahlen können und deshalb einen Anspruch auf zumindest teilweise Übernahme der Kosten haben. Anspruchsberechtigte, wie Erwerbstätige, Rentner*innen, Wohngeldbeziehende oder Auszubildende, müssen zur Wahrung ihrer Ansprüche jetzt schnell Anträge stellen. Für sie sind schnelle Aufklärung und Hilfe jetzt wichtig, nicht erst im nächsten Jahr!"

 **ENERGIE-HILFE.ORG**

Flugblätter und Plakate, die auf die Aufklärungskampagne hinweisen, können auf der Website **www.energie-hilfe.org** heruntergeladen oder bestellt werden.

Unterstützt wird das Projekt auch von Tafel Deutschland e.V., dem Deutschen Mieterbund, Sanktionsfrei e.V. und der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen.

GWENDOLYN STILLING

Pressesprecherin

Der Paritätische Wohlfahrtsverband – Gesamtverband

pr@der-paritaetische.de

www.der-paritaetische.de

ENERGIESPARTIPPS ALS DOWNLOAD

Der Bundesverband der Lebenshilfe hat auf seiner Webseite Tipps zum Energiesparen in einfacher Sprache veröffentlicht. Es finden sich Hinweise zum Heizen und Lüften, Wäschewaschen, Energiesparen in Bad und Küche sowie bei Fernseher und Computer. Außerdem gibt es Links zu weiterführenden Informationen zum Thema.

Der Link zur Seite der Lebenshilfe:

<https://www.lebenshilfe.de/informieren/familie/energie-sparen>

Wertvolle Hinweise zum Umgang mit Energie liefert auch ein gemeinsamer Flyer der niedersächsischen Landesverbände des Paritätischen und des SoVD. Das Flugblatt wurde schon an viele soziale Einrichtungen und über die Beratungsstellen und Ortsverbände des SoVD auch an viele Einzelpersonen verteilt.

Der Flyer ist hier zum Download zu finden:

<https://www.paritaetischer.de/energiespartipps/>

DAS AUTARKE GEBÄUDE – GAR NICHT SO EINFACH

Ob Eigenheim, Kita oder Vereinstreff: Der Wunsch, unabhängig von fossilen Rohstoffen und von großen Energieversorgern zu werden, treibt derzeit viele Menschen um. Kann das gelingen?

Viele Menschen googeln zurzeit nach Wärmepumpen, nach Fotovoltaikanlagen – ja, und nach Teelichtöfen. Die sind aber nun wirklich nicht dazu geeignet, eine ganze Wohnung oder gar ein Haus zu beheizen. Ungefährlich sind sie auch nicht, und die Abhängigkeit vom russischen Gas tauscht man gegen die Abhängigkeit vom schwedischen Möbelhaus ein.

Wie man energieautark wird, das hat das Dorf Ellringen schon vor Jahren vorgemacht. Ellringen liegt ein Stück östlich von Lüneburg, zählt rund 50 Haushalte – und ist unabhängig von großen Gasversorgern. Denn die Wärmeversorgung des Dorfs übernimmt eine Biogasanlage. Die produziert eigentlich in erster Linie Strom, aber der wird ins allgemeine Netz eingespeist. Dabei entsteht aber so viel Wärme, dass sie für alle Ellringer Haushalte reicht.

Die Biomasse, die in der Anlage vergärt, kommt von örtlichen Landwirten – sie liefern ihre Gülle frei Haus, anstatt sie auf den Feldern auszubringen und so im schlimmsten Fall auch noch das Grundwasser zu belasten. Die Ellringer Familien wiederum zahlen einen sehr konstanten Preis und blicken ganz entspannt auf die aktuellen Turbulenzen an den Energiemärkten. Gerade erst mussten aber auch hier die Preise angehoben werden. Die Inflation machten den Landwirten enorm zu schaffen, so müssen sie für ihre Gülle jetzt etwas mehr Geld nehmen. Aber alles kein Vergleich zu den Preiserhöhungen, die den meisten Menschen in Niedersachsen zuletzt in den Briefkästen geflattert sind.

In Ellringen hat sich also ein ganzes kleines Dorf zusammengenagt, um energieunabhängig zu werden. Geht das auch im kleineren Maßstab? Für ein einzelnes Gebäude? Klar, geht. Ein Fertighausproduzent zeigt in einem Musterhauspark in Lehrte bei Hannover, wie das gelingen kann. Das Musterhaus verfügt über Fotovoltaikzellen und Solarkollektoren auf dem steilen Dach. Die Fotovoltaikanlage erzeugt Strom, der in mehreren leistungsfähigen Akkus aufgefan-

gen und nach Bedarf ans Haus abgegeben wird. Die Solarkollektoren sind für die Wärmeversorgung da, bis zu 70 Prozent des jährlichen Bedarfs sollen sie abdecken. Den Rest steuert ein Holzvergaser bei – ein äußerst leistungsfähiger Ofen, der mit handelsüblichem Stückholz befeuert wird. Damit es Warmwasser auch dann gibt, wenn die Sonne gerade nicht scheint und der Ofen nicht läuft, gibt es einen großen Warmwasserspeicher im Haus. Er ist sozusagen das Herz der Wärmeversorgung.

Mit der Kombination aus energieerzeugenden und energiespeichernden Einheiten sowie einer zeitgemäßen Gebäudedämmung soll das Haus quasi autark sein. Sogar ein E-Auto sollen die Bewohner*innen laden können, zusätzlich vom Strom, der im Haus verbraucht wird. Toppen lässt sich das noch durch die Installation einer Erdwärmepumpe. Die ist zwar mit höheren Kosten verbunden, weil zum Beispiel umfangreiche Erdarbeiten nötig sind. Aber die konstante Umgebungstemperatur im Erdboden sorgt für einen hohen Wirkungsgrad. Den Ofen braucht man dann nicht mehr. Gute Planung, die die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt, ist das A und O.

Geht so etwas auch im Bestand? Da kommt es auf viele Faktoren an, zum Beispiel Neigung und Ausrichtung der Dachfläche. Genügend Platz zur Installation von Strom- und Warmwasserspeichern wird auch benötigt. Neben Fotovoltaikanlagen werden bei bestehenden Gebäuden gern Luftwärmepumpen nachgerüstet. Die sind günstiger als die Erdwärmevariante, allerdings bei weitem nicht so wirkungsvoll. Meist muss dann doch eine Gasleitung liegen bleiben, um zuzuheizen. Und aktuell wartet man bis zu zwei Jahre auf die Lieferung. Mit dem Anbau von Solarzellen oder einer Luftwärmepumpe allein ist es ohnehin nicht getan. Das Gebäude muss gut gedämmt sein, damit die erzeugte Energie ausreicht – ist es das noch nicht, stehen weitere Kosten ins Haus. Und die können sich gerade soziale Einrichtungen oft nicht leisten. Deshalb setzt sich der Paritätische auf Landes- und

Bundesebene für ein Investitions- und Sanierungspaket ein. Die Sozialwirtschaft muss genauso dabei unterstützt werden, nachhaltiger zu werden, wie die produzierende Industrie. Das betrifft die Umstellung auf klimafreundliche Mobilität genauso wie die Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur.

Wie wichtig eine solche Förderinitiative wäre, zeigt das Beispiel des Schullandheims Haus Hoher Hagen in Südniedersachsen. "Die Energiekosten-Explosion bringt unsere Einrichtung in finanzielle Schieflage", sagt Reinhardt Kalbow vom Göttinger Verein Pro Gesamtschule e.V., der das Haus mitbetreibt. "Wir heizen mit Flüssiggas, dessen Kosten sich nahezu verdoppelt haben. Nur mit viel ehrenamtlichem Engagement können wir eine Vollzeitstelle für unseren Hausmeister finanzieren. Als Selbstversorgerhaus haben wir zwar keine weiteren hohen Personalkosten, aber unsere Besuchergruppen müssen jetzt die enormen Preissteigerungen für Lebensmittel mitkalkulieren. Viele Schullandheime mit Verpflegungsangebot sind durch die höheren Personal- und Lebensmittelkosten besonders gefährdet. Deshalb brauchen die Schullandheime dringend eine finanzielle Überbrückungshilfe für die nächsten zwölf Monate, zusätzlich eine Anpassung der Fördermittel für die Jugendarbeit und die Förderung energetischer Sanierungen."

Eine ganz andere Herausforderung für viele Einrichtungen: Gerade kleinere Vereine, zum Beispiel Elterninitiativen, die einen Kindergarten betreiben, sind oft nur Mieter. Dann haben sie noch weniger Einfluss darauf, wie im Haus geheizt wird, wie der Strom erzeugt wird. Neben Gesprächen mit den Vermietern sind aber auch eigene – kleine – Schritte möglich. Ein sogenanntes Balkonkraftwerk zum Beispiel: Solarzellen gibt es inzwischen auch im Kleinformat, die Paneele lassen sich an fast jedem Balkon (oder an anderen geeigneten Stellen) anbringen. Der Strom wird über einen Wandler ins hauseigene Stromnetz eingespeist und vorrangig verbraucht – die vom Energieversorger bezogene Strommenge kann dadurch deutlich sinken. Die Genehmigung des Vermieters ist dafür aber unbedingt notwendig.

Wer eine große Außenfläche zur Verfügung hat, kann auch mit Camping-Modulen Strom erzeugen: mit mobilen Solarpanels, die an speicherstarke Batterien angeschlossen sind. Damit lässt sich dann abends locker die Außenbeleuchtung betreiben.



Die Wege zur Energieunabhängigkeit sind vielfältig – von oben nach unten: Ein Balkonkraftwerk können auch Mieter*innen installieren; eine Luftwärmepumpe kann auch an einem älteren Haus leicht nachgerüstet werden; eine Erdwärmepumpe braucht Platz. Sie ist nicht günstig, aber sehr effizient.



UWE KREUZER

Pressereferent

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

uwe.kreuzer@paritaetischer.de



Da passt einiges drauf: Lastenrad im Einsatz.

AUF ZWEI RÄDERN RICHTUNG ZUKUNFT

*Zeitgewinn, niedrige Kosten, gesunde Mitarbeiter*innen – der Einsatz von Fahrrädern in der sozialen Arbeit bietet viele Vorteile. Vorbehalte lassen sich ausräumen.*

In Berlin kommt der Pflegedienst jetzt mit dem Lastenrad zu den betreuten Personen. Gleich mehrere Pilotprojekte laufen dazu in der Hauptstadt. In der staugeplagten Metropole macht das gleich mehrfach Sinn: Die Pflegekräfte stecken nicht im Berufsverkehr fest, sie müssen nicht lange herumkurven, um einen Parkplatz zu finden – oder gar in zweiter Reihe parken und so selbst den Verkehr behindern. Die Fahrt mit dem Lastenrad reduziert den Stress, sorgt für Bewegung – und am Ende auch dafür, dass die Pflegekräfte mehr Zeit bei ihren Klient*innen verbringen können. Wetterfeste Kleidung wird gestellt, und das notwendige Equipment passt locker in die große Ladewanne. Zumal die Hersteller von Lastenrädern immer besser auf individuelle Wünsche der Kundschaft eingehen, speziell angepasste Räder für Handwerker*innen sind längst Usus – warum nicht auch für Pflegekräfte?

Der Pflegedienst "Frauen pflegen Frauen" aus Heidelberg, über seinen Träger Mitglied des Paritätischen, setzt sogar schon seit 1995 ausschließlich aufs Fahrrad. Das Pflegeteam hat den Schritt nie bereut. "Wir schonen damit unsere Umwelt, vermeiden verkehrsbedingt längere Fahrtzeiten und umgehen auch die leidige und zeitraubende Suche nach einem Parkplatz", heißt es in einem Statement.

Berlin, Heidelberg – klar, im städtischen Umfeld ist das Fahrrad eine echte Alternative. Aber was ist mit dem ländlichen Raum? Im sächsischen Pirna, 37.000 Einwohner, setzen die Johanniter aufs E-Bike – und fahren damit auch zu Kund*innen im Umland. Viele Pflegekräfte haben allerdings Vorbehalte, gerade, was den Einsatz in der kalten Jahreszeit und bei schlechtem Wetter angeht. Klar, die regenfeste, warmhaltende Kleidung muss der Arbeitgeber stellen. Aber bei

Schmuddelwetter sind es die Pflegekräfte, die sich jedesmal in der Wohnung ihrer Klient*innen aus den nassen Klamotten schälen und dann wieder aufwändig anziehen müssen. Der Pluspunkt: In der Regel können sie bis vor die Haustür fahren, müssen nicht vom weit entfernten Parkplatz noch durch Wind und Regen laufen.

Am Ende macht es wahrscheinlich die Mischung. Kein Pflegedienst muss von jetzt auf gleich komplett aufs Fahrrad umstellen. Ein Lastenrad zum Ausprobieren kann viel bewirken – und am Ende können immer noch ein, zwei Autos auf dem Hof stehen, die sich die Pflegekräfte bei schlechtem Wetter oder für weite Fahrten teilen können. Für den Arbeitgeber liegen die Vorteile auf der Hand: Die Anschaffungs- und Instandhaltungskosten sind geringer als beim Auto, lästige Auseinandersetzungen mit der Pflegekasse, ob sie gestiegene Benzinkosten komplett übernimmt, fallen weg. Und: Auch für ein E-Bike brauchen Pflegekräfte keinen Führerschein – ein klarer Pluspunkt angesichts des großen Fachkräftemangels.

Nicht nur in der Pflege macht der Einsatz von Lastenrädern Sinn: Das Jugendzentrum kann seinen Wocheneinkauf mit dem E-Lastenrad erledigen, die Kita kann ihr Cargo-Bike am Wochenende auch an die Familien verleihen. Ideen gibt es viele. Nur, selbst wenn ein Lastenrad deutlich günstiger ist als ein Auto: Die Anschaffungskosten sind gerade für kleine Einrichtungen trotzdem eine Hürde. Mit Elektromotor und viel Ladefläche kann so ein Rad ja schnell mal 8000 Euro kosten. Deswegen gibt es verschiedene Förderprogramme. Das im vergangenen Jahr neu



Foto: AleksandraNakic/istock.com

aufgelegte Programm der niedersächsischen Landesregierung, ausgestattet mit 1,5 Millionen Euro, war schnell ausgebucht. Andere Bundesländer investieren mehr Geld. Es gibt aber auch noch ein bundesweites Förderprogramm beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle – bis zu 2500 Euro gibt es da für die Anschaffung, allerdings explizit nur für E-Lastenräder. Kommunale Förderprogramme sind in ganz Deutschland zu finden, nachfragen lohnt sich.



UWE KREUZER

Pressereferent
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
uwe.kreuzer@paritaetischer.de

SUBVENTIONIERTER KLIMASCHÄDLINGE

60 Prozent der jährlich in Deutschland neu zugelassenen Autos sind Firmen- und Dienstwagen. Besonders beliebt: teure, große und PS-starke Modelle. Mehr als zwei Drittel aller Autos mit 200 und mehr PS werden in Deutschland an Unternehmen ausgeliefert. Und weil Dienst- und Firmenwagen regelmäßig ausgetauscht werden, kommen diese umweltschädlichen Autos dann als Gebrauchtwagen auf den Markt und schaden dem Klima weiterhin. Dass Deutschland die Verkehrswende nicht schafft, liegt also zu einem guten Teil an den großen Dienstwagenflotten.

Außerdem gehen dem deutschen Staat jährlich Milliarden Euro verloren, weil privat genutzte Dienstwagen nur mit einem Prozent des Listenpreises versteuert werden müssen. Selbst konservative Berechnungen wie die des Umweltbundesamts gehen davon aus, dass der Staat rund drei Milliarden Euro einnehmen könnte, wenn die Dienstwagenutzung adäquat besteuert würde. Andere Organisationen gehen von bis zu fünf Milliarden aus. Besonders sozial ist das Dienstwagenprivileg ohnehin nicht – in den Genuss eines Dienstwagens kommen in der Regel Beschäftigte höherer Gehaltsgruppen.

ARMUT: VOM SKANDAL ZUM GESELLSCHAFTLICHEN SPRENGSTOFF

*Wir befinden uns in einer Dauerkrise: Corona, Krieg, Inflation, Energiearmut, Rezession, Migration, Wohnungsnot in Ballungsräumen... Und niemand weiß, was als Nächstes kommt. Es gibt Krisengewinner*innen – Superreiche, Immobilienbesitzer*innen, Energiekonzerne. Und es gibt Krisenverlierer*innen: Arme.*

Arm ist, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens zur Verfügung hat. Das sind in Niedersachsen 2021 für Singles etwa 1.250 Euro im Monat gewesen. Betroffen von dieser Einkommensarmut sind fast 17 Prozent, 1,3 Millionen Menschen in Niedersachsen.

Diese Menschen leiden unter Krisen am meisten. Sie haben, anders als Normalverdienende oder gar Wohlhabende, weder die materiellen noch immateriellen Ressourcen zur Krisenbewältigung.

Armut fällt aber nicht vom Himmel. Armut ist die Konsequenz von politischem (Fehl-)Handeln.

Die wachsende Spaltung der Gesellschaft zwischen Arm und Reich ist ein Prozess. Seit Mitte der Neunziger hat Armut als Folge von Deregulierung, Globalisierung, Abbau sozialer Sicherungssysteme und Krisenfolgen um circa 50 Prozent zugenommen. Gleichzeitig sind die Vermögen der Superreichen explodiert: Die zehn reichsten Personen in Deutschland haben laut Oxfam ihr Vermögen während der Corona-Krise von 144 Milliarden Dollar auf etwa 256 Milliarden gesteigert. Das ist ein Anstieg in zwei Jahren um circa 78 Prozent. 78 Prozent mehr! In zwei Jahren! Dieses Vermögen entspricht dem von 33 Millionen anderen Deutschen – den ärmsten 40 Prozent. Zehn Menschen besitzen so viel wie 33 Millionen andere.

Wer in Armut lebt, wird öfter krank als der Rest und stirbt früher. Armutsbetroffene können weder ausreichend heizen noch sich angemessen oder gar gesund ernähren. Ein Beispiel für Inflation, wie sie arme Menschen besonders betrifft: 500 Gramm Spaghetti haben 2019 35 Cent gekostet. Mitte 22 waren es dann 89 Cent. Ein Anstieg um 154 Prozent. Zehn Prozent Inflation? Schön wär's.

Als Folge dieser Prozesse halten lediglich 68 Prozent der Armutsbetroffenen Demokratie für die beste

Staatsform. Diese Demokratieverdrossenheit wird in Krisenzeiten noch zunehmen. Schon jetzt ist in sozialen Brennpunkten die Wahlverweigerung bis zu doppelt so hoch wie in gutsituierten Wohnvierteln, und die AfD erzielt dort durchgehend Rekordergebnisse.

Vor diesem Hintergrund ist der Kompromiss zum neuen Bürgergeld ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Die Erhöhung fällt viel zu gering aus, sie deckt noch nicht einmal die Inflation ab. Der Wegfall der Vertrauenszeit von einem sanktionsfreien halben Jahr wirkt bei der Integration in Arbeit kontraproduktiv, weil er bei den Betroffenen den Stress der ohnehin schon belastenden Arbeitslosigkeit zusätzlich erhöht. Das Gleiche gilt für die Reduzierung der Vermögensschongrenze. Das alles, obwohl die weitaus meisten Betroffenen sich nichts mehr wünschen, als wieder in Arbeit zu kommen.

Die Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro darf nur ein erster Schritt sein. Wer sein Leben lang für den Mindestlohn oft unter prekären Bedingungen geschuftet hat, liegt am Ende nur knapp über der Grundsicherungsgrenze. Arbeit in Würde? Fehlangelegenheit. Zumal Menschen, die lediglich um ein paar Euro über der Armutsgrenze liegen, mitunter genauso von Ausgrenzung betroffen sind, weil für sie manche Hilfsangebote nicht greifen.

Die Landesarmutskonferenz sieht in diesen Prozessen ein Bedrohungspotenzial für den demokratischen Zusammenhalt wie seit Jahrzehnten nicht. Armut: vom Skandal zum gesellschaftlichen Sprengstoff.

Das Handeln der Verantwortlichen in den vergangenen Jahren lässt sich so beschreiben: Zu spät, zu wenig und teilweise regelrecht kontraproduktiv. Wo bei der aktuelle Nachtragshaushalt in Niedersachsen einen Lichtblick bildet, weil in ihm auch Maßnahmen für Menschen mit wenig Geld beschrieben sind. Wie so oft, mangelt es aber auch hier an der Konkretisie-



Immer wieder macht die Landesarmutskonferenz – hier Geschäftsführer Klaus-Dieter Gleitze vor dem Landtag – mit Aktionen auf die Armut im Land aufmerksam.

rung, wie diese Maßnahmen, teils im wahren Sinn des Wortes, auf die Straße gebracht werden können.

Die Landesarmutskonferenz (LAK), an der sich auch der Paritätische beteiligt, sagt: Anders ist besser. Und fordert daher:

- Sofortige Erhöhung der Regelsätze und der Grundsicherung um 200 Euro im Monat
- Sanktionsmoratorium für ein Jahr
- Mobilitätsticket für neun Euro, das sich auch Arme leisten können
- Einführung eines Sozialen Arbeitsmarkts für Langzeitarbeitslose
- Betroffene an der Armutsbekämpfung beteiligen
- Bessere Aufklärung über Hilfen, vor allem in sozialen Brennpunkten – Betroffene waren schon vor der Krise nicht ausreichend über ihnen zustehende Hilfen informiert oder haben sie aus Scham nicht beansprucht
- Eine Vermögensabgabe für Superreiche

Abschließend ein Zitat einer Betroffenen, die mit

der LAK zusammenarbeitet, zum neuen Bürgergeld: „Hurra! Ein großer Schritt Richtung Verteilungsgerechtigkeit! Ab Januar 2023 sollen die Armen der Republik etwa 50 Euro Regelsatzerhöhung erhalten. Zwar fordern Sozialverbände 200 Euro mehr, um ein halbwegs erträgliches Leben führen zu können. Aber so erreichen wir immerhin nach 20 Jahren in etwa die Summe, die Peter Hartz schon 2003, zu Beginn der Hartz-IV-Reform, als Regelsatz vorgeschlagen hat: 500 Euro.“

Kurz: Das neue Bürgergeld orientiert sich im Großen und Ganzen an dem altbekannten Motto: Aus Raider wird Twix – sonst ändert sich nix.



KLAUS-DIETER GLEITZE

Geschäftsführer

Landesarmutskonferenz Niedersachsen

www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de

RAUS AUS DER KRISE – MIT KLIMASCHUTZ UND SOZIALER SICHERHEIT

Ein Jahr Ampel-Koalition: Bündnis aus Umweltschutzorganisationen, Gewerkschaften und Sozialverbänden fordert massive Investitionen in den Klimaschutz, soziale Sicherheit und eine gerechte Lastenverteilung.

Anlässlich des einjährigen Bestehens der Ampel-Koalition zieht ein Bündnis aus 18 Umwelt- und Sozialverbänden, Kirchen und Gewerkschaften Bilanz. Die Bündnispartner, darunter der Paritätische Gesamtverband, fordern die Bundesregierung auf, nicht nur die Symptome der Krise zu bekämpfen, sondern mit Investitionen in Klimaschutz und soziale Sicherheit die Gesellschaft langfristig krisensicher, klimaneutral und sozial gerecht zu gestalten.

Zudem mahnt das Bündnis eine gerechte Lastenverteilung an – zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben müssen große Vermögen anders besteuert werden. Zur Bewältigung der aktuellen Krisen und um die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft resilient gegenüber künftigen Herausforderungen zu machen, fordern die Organisationen daher von der Bundesregierung ein umfassendes Investitions- und Maßnahmenpaket in Höhe von mindestens 100 Milliarden Euro für den Klimaschutz und zur Stärkung der sozialen Sicherheit. Gleichzeitig braucht es eine gerechte Lastenverteilung in der Krise und grundlegende Veränderungen in der Finanz- und Steuerpolitik.

Die aktuelle fossile Energiekrise kann nur mit massiven Investitionen in den Klimaschutz überwunden werden. Der umweltverträgliche Ausbau der erneuerbaren Energien reduziert die fossile Abhängigkeit, wirkt langfristig preisdämpfend, sichert den gesellschaftlichen Wohlstand und stärkt die Energiesicherheit – jetzt, im kommenden Winter und für die weitere Zukunft. Dafür müssen die bestehenden Ausbauhürden für erneuerbare Energien konsequent abgebaut und Investitionen in erneuerbare Energien durch staatliche Abnahmegarantien abgesichert werden. Parallel dazu gilt es, den Energieverbrauch deutlich zu senken. Dafür müssen klare

gesetzliche Rahmenbedingungen für mehr Energieeinsparungen durch Energieeffizienz und -suffizienz geschaffen werden.

Der Rückstand bei der energetischen Gebäudesanierung führt in Kombination mit den explodierenden Energiepreisen für viele Menschen zu enormen Kostensteigerungen. Insbesondere einkommensschwache Menschen wohnen häufig in schlecht isolierten Gebäuden und können den gestiegenen Kosten nicht ausweichen. Damit die Bewohner*innen in Zukunft vor exorbitanten fossilen Energiekosten geschützt werden und der Klimaschutz vorankommt, muss die Bundesregierung jetzt massive Investitionspakete für die Sanierung des Bestands auf den Weg bringen, die Förderung der kommunalen Wärmeplanung ausbauen und umsetzen, den Umstieg auf Wärmepumpen konsequenter fördern und Mindesteffizienzstandards für den Gebäudebestand einführen.

Auch im Mobilitätsbereich sind strukturelle Veränderungen notwendig, um die fossile Abhängigkeit zu reduzieren, die Klimaziele zu erreichen und gleichzeitig die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen. Kern einer sozial gerechten Mobilitätswende ist die Förderung klimafreundlicher Verkehrsmittel wie ÖPNV, Rad-, Schienen- und Busverkehr. Die Vereinfachung der Tarifstrukturen ist zu begrüßen, muss aber zwingend mit mehr Investitionen in den Ausbau des ÖPNV und der Bahninfrastruktur verbunden werden und für alle bezahlbar sein.

In der Krise sind Solidarität und Investitionen in das soziale Fundament der Gesellschaft entscheidend. Die bisherigen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung wurden überwiegend nach dem Gießkannenprinzip verteilt und können die Preissteigerungen



Investitionen in den Klimaschutz sind auch Investitionen in soziale Gerechtigkeit.

für viele Menschen mit geringem Einkommen nicht ausreichend abfangen. Damit Menschen, die bereits jetzt in Armut leben oder durch die enormen Preissteigerungen von Armut bedroht sind, gut über den Winter kommen, sind weitere zielgenaue Zuschüsse notwendig. Gleichzeitig muss die Bundesregierung so schnell wie möglich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bürger*innen in Zukunft direkt, effizient und bedarfsgerecht entlastet werden können. Dafür muss der Aufbau eines Direktzahlungsmechanismus an die Bevölkerung beschleunigt werden.

Zusätzlich muss der Gesetzgeber sicherstellen, dass Menschen, die ihre Strom- und Gasrechnungen nicht bezahlen können, ihre Wohnung nicht verlieren und ihr Strom- und Gasanschluss nicht gesperrt wird. Die explodierenden Energiepreise bedrohen zudem die Existenz sozialer Einrichtungen und Dienste in dramatischer Weise. Hier ist die Bundesregierung gefordert, dafür zu sorgen, dass die soziale Infrastruktur krisensicher wird und finanziell gegen weitere Preissteigerungen fossiler Energieträger abgesichert ist.

Für die langfristige Reduktion der sozialen Ungleichheit und somit den Aufbau einer resilienten Gesellschaft ist es entscheidend, dass die Bundesregierung bei der Reform der Grundsicherung nachbessert. Daher fordert das Bündnis eine deutliche Erhöhung der Regelsätze.

Dr. Christiane Averbek, Vorständin der Klima-Allianz Deutschland, begründet die Forderungen: „Die Zeitenwende für den Klimaschutz ist der Ampel noch nicht gelungen. Den anfänglichen Schwung in der Klimapolitik hat die FDP mit ihrer Blockade des Sofortprogramms ausgebremst. Die Ampel-Regierung muss nun ihre Versprechen beim Klimaschutz ein-

lösen und damit beginnen, nicht nur die Symptome der aktuellen Krise zu bekämpfen, sondern die Probleme an ihren fossilen Wurzeln zu packen.“

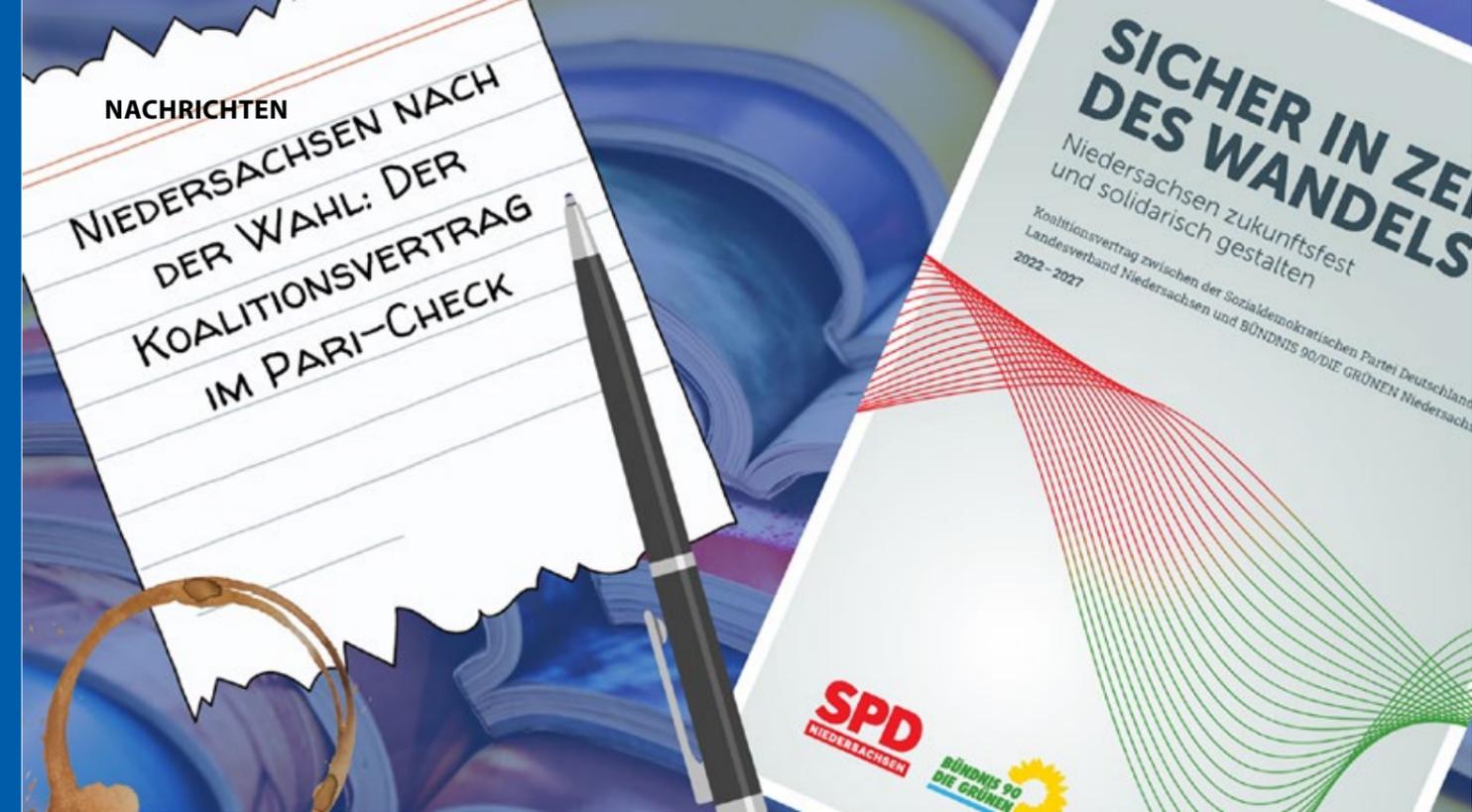
Maria Loheide, Vorständin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland, ergänzt: „Ein Schwachpunkt ist, dass die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung größtenteils nach dem Prinzip Gießkanne erfolgten, anstatt gezielt diejenigen in der Krise zu unterstützen, die am stärksten unter den gestiegenen Energiepreisen leiden und in ihrer Existenz bedroht sind. Damit Menschen, die bereits jetzt in Armut leben, gut über den Winter kommen, sind weitere zielgenaue Zuschüsse neben dem Verzicht auf Strom- und Gassperren dringend erforderlich. Gleichzeitig müssen unsere sozialen Sicherungssysteme krisensicher und sozial gerechter werden.“

Und Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, sagt: „Statt sozial unausgewogener und klimapolitisch kontraproduktiver Einmalpakete braucht es neben gezielten Entlastungen vor allem dauerhaft mehr soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz – und beides ist nicht zu haben ohne eine nachhaltige Finanzierung, die das Geld dort holt, wo es im Überfluss vorhanden ist. Der Aufbau einer klimaneutralen und sozial resilienten Gesellschaft erfordert eine grundlegende Veränderung in der Finanz- und Haushaltspolitik, die klimaschädliche Subventionen konsequent abbaut, große Vermögen besteuert und die Erbschaftsteuer reformiert. In Zeiten rasant steigender Preise dürfen aber auch krisenbedingte Übergewinne nicht ungenutzt bleiben, um Entlastungen zu finanzieren.“

Mehr Informationen und das gesamte Bündnispapier sind hier zu finden: www.klima-allianz.de

NACHRICHTEN





EINORDNUNG DES KOALITIONSVERTRAGS DER NEUEN ROT-GRÜNEN LANDESREGIERUNG

Mit SPD und Grünen haben nach der Landtagswahl zwei Parteien zueinander gefunden, die bereits im Vorfeld der Wahl deutlich gemacht haben, dass ein rot-grünes Bündnis die jeweilige parteiinterne Präferenz ist.

In diesem Zusammenhang überrascht weder die Geschwindigkeit, mit der die Koalitionsverhandlungen geführt wurden, noch die Gestalt und Aussagekraft des 124 Seiten starken Koalitionsvertrages „Sicher in Zeiten des Wandels. Niedersachsen zukunftsfest und solidarisch gestalten“, der ein Zeichen der Einigkeit und des gegenseitigen Vertrauens der Koalitionäre darstellt.

Viele Themen im Koalitionsvertrag werden eher oberflächlich behandelt. Strittige Themen dagegen wurden zum Teil bewusst ausgeklammert. Konkrete Maßnahmen oder Summen fehlen an den meisten Stellen. Daraus resultiert ein Dokument, das viele Überschriften und Absichtserklärungen enthält, die noch konkretisiert und nachgeschärft werden müssen. Hierin liegt die große Chance und zugleich der Arbeitsauftrag für uns als Paritätischer Niedersachsen, sich einzubringen, Vorschläge zu machen und die Umsetzung voranzutreiben und zu beeinflussen.

Im Rückblick auf die verbandsinternen Forderungen zur Landtagswahl lässt sich feststellen, dass eine Vielzahl unserer Forderungen aufgegriffen und berücksichtigt wurde. Besonders begrüßenswert aus Sicht des Verbands ist die Anerkennung der Sozialwirtschaft als zentraler Wirtschaftsfaktor für Niedersachsen, das Bekenntnis zur geplanten Einführung der dritten Fachkraft in den Kindertagesstätten, der Aufbau einer Landeswohnungsbaugesellschaft und die Fachkräfteinitiative für die soziale Arbeit.

= ANERKENNUNG DER SOZIALWIRTSCHAFT

Ein starker Sozialstaat und eine vitale Sozialwirtschaft sind nötig, damit alle Menschen ihren Platz in unserer Gesellschaft finden. Die Sozialwirtschaft ist ein echter Zukunftsgarant. Und nicht nur das: Mit rund 230.000 Beschäftigten ist die Sozialwirtschaft auch einer der größten Arbeitgeber in Niedersachsen. „Soziales fördern und unterstützen!“ war eine unserer wichtigs-

ten Forderungen an die neue Landesregierung. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass die Sozialwirtschaft nun auch Zugänge zu Förderprogrammen im Bereich Digitalisierung und Transformation erhalten soll. Die bisherige Schlechterstellung gemeinwohlorientierter Unternehmen bei der Beratung, Förderung und Regulierung soll abgebaut werden – ein zentraler Punkt, den wir lange fordern und von dem soziale Einrichtungen und Organisationen hinsichtlich der anstehenden Transformationsprozesse im Bereich Digitalisierung und Klimaschutz hoffentlich profitieren werden. Wie dieses Versprechen, besonders auf der Arbeitsebene, umgesetzt wird, werden wir aktiv begleiten.

= DRITTE FACHKRAFT IN KITAS

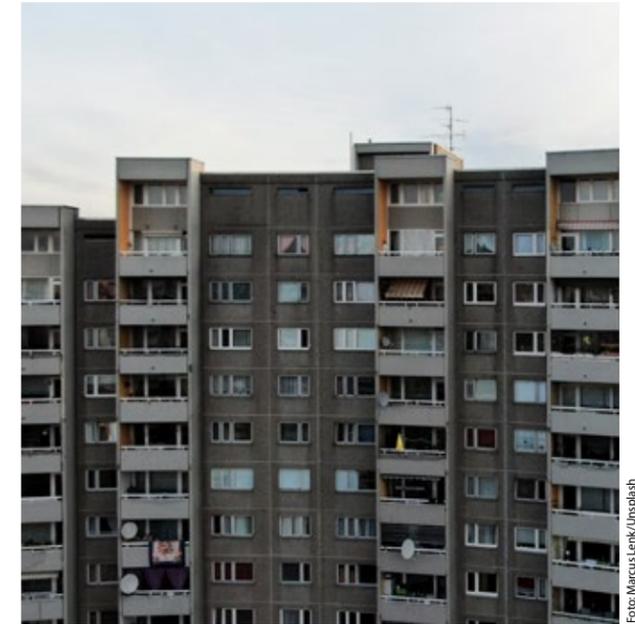
Die dritte Kraft kommt: Die neue Landesregierung hält am Stufenplan fest und bekennt sich so zur geplanten Einführung der dritten Fachkraft in Kin-



dertagesstätten. Die Erhöhung der Leitungs- und Verfügungsstunden sowie die Reduzierung und Verlagerung von Verwaltungstätigkeiten zur Entlastung der Fachkräfte sind ebenso zu begrüßen wie der Ausbau multiprofessioneller Teams und die gesetzliche Absicherung von Inklusion. Insgesamt sind die Aspekte rund um die Tageseinrichtungen für Kinder zu begrüßen und als Fortschritte zu sehen: Viele Forderungen des Paritätischen wurden aufgegriffen.

= AUFBAU EINER LANDESWOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT

Im Koalitionsvertrag wird die Gründung einer gemeinnützigen, nicht gewinnorientierten Landeswohnungsbaugesellschaft angekündigt. Dies entspricht unserer Forderung – jetzt kommt es auf die Umsetzung und den Zeithorizont an. Auch die Schaffung von zusätzlich 100.000 Sozialwohnungen, der verstärkte



Aufkauf von neuen Miet- und Belegungsbindungen, die Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts auch in finanzschwachen Kommunen, die Förderung von Housing-First-Projekten und weitere unserer Forderungen finden sich im Papier der Koalitionäre wieder.

= FACHKRÄFTEINITIATIVE FÜR DIE SOZIALE ARBEIT

Die neue Landesregierung wird eine Fachkräfteinitiative starten, und hierfür vor allem in sozialen Berufen und in der Pflege das vollschulische Ausbildungsangebot ausweiten. Die Etablierung von „Fachkräfteservicecentern“ als zentrale Anlaufstelle für Unternehmen zu Fragen der Personalrekrutierung und Bindung von Mitarbeiter*innen soll geprüft werden. Positiv ist außerdem, dass die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfacht werden soll und es ein generelles Bekenntnis zum Thema Fachkräftesicherung gibt. Ein weiteres konkretes Ergebnis der Koalitionsverhandlungen, für das wir schon seit Jahren kämpfen: Die neue Landesregierung will das Schulgeld für Auszubildende in der Heilerziehungspflege abschaffen.



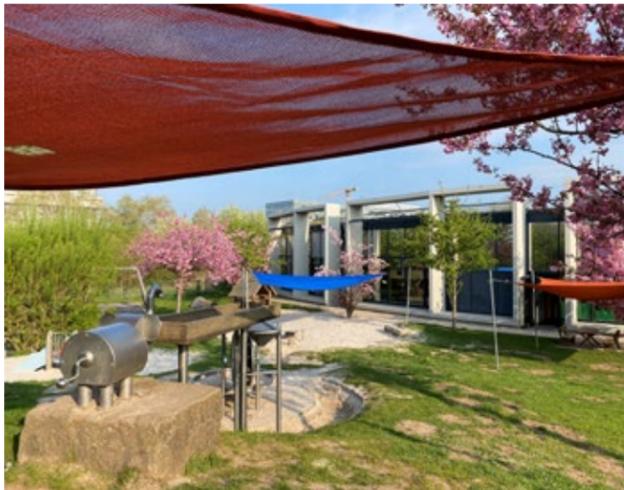
MAXIMILIAN HENNIES

Referent Sozialpolitik
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
maximilian.hennies@paritaetischer.de

ERLEBNIS SPRACHE – SPRACHE ERLEBEN!

Das Studentenwerk Göttingen ist Träger einer ganz besonderen Kindertagesstätte: In der Kita am Nordcampus, die vom niedersächsischen Kultusministerium als „Konsultationskita“ gewürdigt wurde, werden die Kinder bilingual betreut.

55 Kinder im Alter von ca. einem Jahr bis zum Schuleintritt werden in der Kindertagesstätte am Nordcampus des Studentenwerks Göttingen betreut. Das Besondere und Wertvolle ist die Vielfalt in der Einrichtung: Durchschnittlich besuchen Kinder aus 14 verschiedenen Nationen die Kita. Diese Vielfalt der Sprachen, Gedanken, Kulturen und Werte soll erhalten und den Kindern, als Konstrukteure ihrer eigenen Lebenswirklichkeit, Raum für ihre Offenheit gegeben werden. Eingebettet in den studentisch-universitären Kontext der Stadt Göttingen finden sich Einflüsse vieler Kulturen in der Kita am Nordcampus. Der Umgang mit multilingualen Kindern und Familien sowie die bilinguale Erziehung in Deutsch/Englisch nach dem Immersionskonzept machen die Einrichtung zu dem, was sie ist – eine Kita, die für Vielfalt steht und Offenheit symbolisiert.



Platz zum Spielen, Toben und Entdecken: Das Außengelände der bilingualen Kita am Nordcampus.

Konkret bedeutet die bilinguale Erziehung, dass die Kinder in die zwei Sprachen der Kita eintauchen und diese, durch Mimik und Gestik unterstützt, im alltäglichen Umgang miteinander erlernen. Der Spracherwerb passt sich Lerntempo und Umfeld der Kinder an und bereitet sie auf das weitere Sprachenlernen vor. Die vielfältigen Entwicklungsschritte der Kinder werden mit Bildungs- und Lerngeschichten nach Margaret Carr in Portfolios festgehalten und somit das Kind in der eigenen Entwicklung gewürdigt und wertgeschätzt. Das Team der Kita zeichnet sich durch Toleranz und Wertschätzung anderen Kulturkreisen gegenüber aus und stellt in sich selbst bereits eine große Diversität der Sprachen und Kulturen dar.

Die Kita am Nordcampus versteht sich als Bindeglied und Vermittler zwischen den Kulturen und legt großen Wert auf eine erziehungspartnerschaftliche Arbeitsweise mit den Eltern und Netzwerkarbeit mit anderen pädagogischen Institutionen. Ebenso wie die Kinder benötigen die Eltern einen Ort der Geborgenheit und Wertschätzung ihrer eigenen kulturellen Leistung in einem fremden Land. Diese inklusive Bildungshaltung wird in der Kita gelebt und weitergetragen. Als Teil der Bundesoffensive „Frühe Chancen“ wurde ein Konzept zur alltagsintegrierten Sprachförderung entwickelt, damit alle Kinder gleich gute Chancen

bekommen, den Anforderungen im späteren schulischen Bereich gewachsen sein zu können. Vielfältiges Bildungsmaterial für den Bereich der Sprachbildung, eine gute Zusammenarbeit mit Grundschulen und ein ausgebautes Netzwerk an Fachkräften kommen dabei zum Wohle der Kinder zusammen.

Seit 2019 darf sich die Kindertagesstätte am Nordcampus in der Trägerschaft des Studentenwerkes Göttingen „Konsultationskita“ nennen. Durch das Kultusministerium wurde die Einrichtung mit diesem Titel gewürdigt und ihre wertvolle pädagogische Arbeit betont, hervorgehoben und wertgeschätzt. Das Team der Kita wurde durch Weiterbildungen befähigt, anderen Interessierten das Konzept der bilingualen und immersiven Sprachbildung näherzubringen.

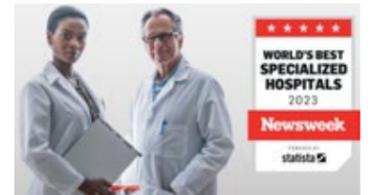
HEIKE LOREY-VAUPEL

Leiterin Abteilung Kindertagesstätten
Studentenwerk Göttingen Stiftung Öffentlichen Rechts
www.studentenwerk-goettingen.de

Foto: Studentenwerk Göttingen

MITGLIEDSORGANISATIONEN IM FOKUS

Das **Kinder- und Jugendkrankenhaus AUF DER BULT** in Hannover gehört laut dem renommierten US-Nachrichtenmagazin Newsweek zu den „**World's Best Specialized Hospitals 2023**“, also den besten spezialisierten Kliniken der Welt. Die BULT konnte dabei als Fachkrankenhaus für Pädiatrie (Kindermedizin) überzeugen und steht so in einer Liste mit 200 weiteren Kinderkliniken aus der ganzen Welt wie zum Beispiel dem Boston Children's Hospital oder Great Ormond Street Hospital in London. Gemeinsam mit dem Recherche- und Analysedienst Statista wurde weltweit eine Krankenhausanalyse auf den Fachbereichebenen Kardiologie, Neurologie, Herzchirurgie, Endokrinologie, Orthopädie, Neurochirurgie, Gastroenterologie, Pädiatrie- und Jugendmedizin, Pulmologie, Onkologie und Urologie durchgeführt. Dabei wurden mehr als 40.000 medizinische Experten befragt. Die Ergebnisse sind auf www.newsweek.com/rankings/worlds-best-specialized-hospitals-2023 abrufbar.



Die **Aidshilfe Niedersachsen** hat sich einen neuen Namen gegeben und heißt künftig **Landesverband für sexuelle Gesundheit**. „Mit dieser Bezeichnung drücken wir aus, dass sich unsere Arbeit im Laufe der Zeit stark verändert hat und das ganze Spektrum sexuell übertragbarer Infektionen sowie deren Prävention umfasst“, sagt Vorstandsmitglied Dr. Christian Wichers. Im Mittelpunkt stehe der Mensch und seine ganzheitliche sexuelle Gesundheit, eingeschlossen die geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung. „Natürlich bleibt die Unterstützung bei einer Infektion mit dem HI-Virus ein Herzstück unserer Arbeit“, sagt Wichers. www.niedersachsen.aidshilfe.de

Der **Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen** ist von der Deutschen Gesellschaft für Verbandsmanagement (DGVM) als **Verband des Jahres 2022** ausgezeichnet worden. In der Kategorie „Interessenvertretung und Kommunikation“ gewann der größte Sozialverband des Landes den Preis für seine Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ (www.armutsschatten.de). Ziel war es dabei, potenziell Betroffenen zu verdeutlichen, dass auch sie möglicherweise ein Armutsrisiko haben. Die DGVM-Jury lobte, dass der SoVD mit dem neuen Begriff „Armutsschatten“ einen guten Weg gefunden habe, um das Thema Armut dauerhaft in der Öffentlichkeit zu verankern und sichtbar zu machen. Die innovative Verknüpfung und Abstimmung von Veranstaltungen sowie analogen und digitalen Medien – vor allem der durchdachte Einsatz von Social Media – beeindruckte die Jury besonders. Damit sei es gelungen, die Kommunikationskraft bedeutend zu erhöhen. „Wir freuen uns sehr, dass wir von der DGVM als Verband des Jahres ausgezeichnet wurden, denn die Themen Armut und Armutsgefährdung sind derzeit wichtiger denn je und können gar nicht genug Aufmerksamkeit bekommen“, sagt SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke.



Katharina Lorenz, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik, Dirk Kortylak, stellvertretender Geschäftsführer des SoVD in Niedersachsen, und Stefanie Jäkel, Landespressesprecherin des SoVD, (v.l.) nahmen die Auszeichnung entgegen.

Foto: Boris Trenkel

HANNOVERSCHE WERKSTÄTTEN ÜBERNEHMEN TAGESSTÄTTE WERTE

Vor Kurzem haben die Hannoverschen Werkstätten die Tagesstätte Werte e.V. übernommen. Die Tagesstätte, die seit rund sechs Jahren für chronisch psychisch Erkrankte eine Tagesstruktur bietet und bisher von einem Verein geführt wurde, stand vor der Auflösung. Das sollte verhindert werden, auch weil die Teilnehmer*innen sich dort sehr wohl fühlen.

„Wir wollen die Arbeit der Tagesstätte aufrechterhalten und den Teilnehmer*innen Angebote zur Teilhabe und Inklusion bieten“, sagt Manfred Willems, Geschäftsführer der Hannoverschen Werkstätten. Dazu gehöre, eine Alltagsstruktur zu stabilisieren, eigene Ressourcen zu entdecken sowie Fähigkeiten für den allgemeinen Arbeitsmarkt zu entwickeln. Die Tagesstätte könne aber auch ein Übergang in eine der Werkstätten sein oder in eine andere Form der Maßnahme. Wichtig sei, Perspektiven aufzuzeigen und die



Markus-Louis Könecke hilft gern in der Gemeinschaftsküche und kann auch vom Rollstuhl aus den Mixer bedienen.

Teilnehmenden für den Alltag fit zu machen. Dabei helfen künftig eine Ergotherapeutin sowie zwei Sozialarbeiterinnen. Derzeit hat die Tagesstätte acht Teilnehmer*innen, bis zu 15 Plätze sind in der rund 200 Quadratmeter großen Wohnung am Bischofsholer Damm in Hannover vorhanden. Die Hannoverschen Werkstätten engagieren sich erstmals in einer Tagesstätte. Das Besondere: Die Räumlichkeiten sind barrierefrei, also auch für Rollstuhlfahrer*innen geeignet, was in vielen Tagesstätten nicht selbstverständlich ist.

Sozialpädagogin Kornelia Rosenwirth-Verley hatte die Tagesstätte mit aufgebaut und wurde als Mitarbeiterin von den Hannoverschen Werkstätten übernommen. „Wir haben ein gutes Miteinander, es geht viel um Selbstachtung und Nachhaltigkeit, die Teilnehmenden kochen miteinander, lernen viel über Haushaltsführung, Ordnung und Sauberkeit und können im geschützten Rahmen ihre Ressourcen entdecken“, sagt die 64-Jährige. Wichtig sei auch, dass die Teilnehmer*innen rausgehen, den Stadtteil erkunden und bei kulturellen Aktivitäten dabei sind.

Für Markus Könecke ist die Tagesstätte eine Art Ersatzfamilie. „Ich habe durch die Tagesstätte wieder eine Tagesstruktur erhalten und wir sind über WhatsApp miteinander in Kontakt“, sagt der 32-Jährige, der seit einem Unfall querschnittsgelähmt ist. Früher habe er die Nacht zum Tag gemacht und umgekehrt, heute maile er sich mit den anderen Fotos sowie kleine Botschaften und genieße die Gemeinschaft.

INGRID HILGERS

Journalistin

Hannoversche Werkstätten gem. GmbH

www.hw-hannover.de

ACHTUNG REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe 1/2023 des Parität Report ist am

Montag, 06.03.2023

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge und Bilder in druckfähiger Größe an report@paritaetischer.de

VEREINT IN DIE NEUE SPIELZEIT

Deutsches Taubblindenwerk verlängert Kooperation mit Hannover United.

Auch in der jüngst begonnenen neuen Spielzeit der 1. Rollstuhlbasketballbundesliga (RBBL1) darf Hannover United e.V. auf die Unterstützung des Deutschen Taubblindenwerks zählen. Die Einrichtung für Menschen mit Taubblindheit/Hörsehbehinderung steht als Kooperationspartner seit 2019 fest an der Seite des erfolgreichen Rollstuhlbasketball-Vereins. Die Partnerschaft soll durch gemeinsame Projekte noch weiter vertieft und Begegnungen im Sinne von sozialer Teilhabe und Inklusion geschaffen werden.

Wo sind Berührungspunkte möglich, wo kann man anknüpfen, um Basketball Menschen näher zu bringen, die weder sehen noch hören können? Dieser Fragestellung widmeten sich Volker Biewald, Geschäftsführer Deutsches Taubblindenwerk, Bettina Trissia, Direktorin Bildungszentrum Hören – Sehen – Kommunikation, Udo Schulz, Sportmarketing-Manager, und Spieler Jan Haller bei einem gemeinsamen Treffen im Deutschen Taubblindenwerk. Ziel sollte es sein, die langjährig bestehende Kooperation weiter zu vertiefen, mit noch mehr Leben zu füllen und Begegnungen zwischen Mannschaft und Menschen mit Taubblindheit/Hörsehbehinderung zu fördern.

Denkbar sind Aktions- und Projektstage für Schüler*innen, die im Rahmen des Sportunterrichts in der haus-eigenen Sporthalle stattfinden können. Im Beisein der Rollstuhlbasketball-Spieler*innen können hier erste Erfahrungen mit dem Ballsport gesammelt werden. Bewährt haben sich dabei zum Beispiel „Klingel-Bälle“, die im Bereich des paralympischen Sports für Menschen mit Sehbehinderung zum Einsatz kommen. Auch bei den jährlichen Sportfesten des Bildungszentrums könnte der Erstligist präsent sein und Mitmach-Aktionen für die Schüler*innen anbieten. Im Wohnheim für erwachsene Menschen mit Taubblindheit/Hörsehbehinderung sollen ebenfalls Möglichkeiten geschaffen werden, sich dem Sport zu nähern: Im Rahmen ihrer Freizeitaktivitäten können Bewohner*innen den Heimspielen von Hannover United in der IGS Stöcken beiwohnen und vor Ort die besondere Spielatmosphäre hautnah erleben.

Auch für Hannover United sei die Begegnung mit Menschen mit Taubblindheit/Hörsehbehinderung



Wie kann man den Basketball-Sport Menschen näher bringen, die weder sehen noch hören können? Dieser Fragestellung widmeten sich Udo Schulz (von links) Volker Biewald, Jan Haller und Bettina Trissia bei einem gemeinsamen Treffen im Deutschen Taubblindenwerk.

sehr bereichernd, so Präsident Joachim Rösler: „Wir möchten gern in Kontakt und in Austausch mit den Menschen aus dem Deutschen Taubblindenwerk kommen. So ein Perspektivwechsel kann auch für uns hilfreich sein, Barrieren abzubauen und Verständigung zu schaffen.“ Dass die Partnerschaft bereits Früchte trägt, hat sich auch beim „Tag der offenen Tür“ im Deutschen Taubblindenwerk gezeigt: Im Rahmen des Entdeckertags am 11. September 2022 war Hannover United vor Ort und hat für die Besucher*innen offene Trainingsstunden und Informationen rund um den Sport angeboten.

„Wir freuen uns, dass wir diese erfolgreiche und sympathische Mannschaft auch in dieser Saison als Kooperationspartner unterstützen können. Insbesondere freuen wir uns aber auf die gemeinsamen Aktivitäten neben dem Spielfeld, ein tolles Beispiel dafür, wie soziale Teilhabe gelingen kann“, so Volker Biewald, Geschäftsführer des Deutschen Taubblindenwerks.

JULIA MISCHKE

Öffentlichkeitsarbeit

Deutsches Taubblindenwerk gemeinnützige GmbH

www.taubblindenwerk.de

SCHWEDEN...SKANDINAVIEN-INFIZIERT!

Erlebnistour für Jugendliche des Paritätischen.

Unvergessliche Erfahrungen haben 36 junge Menschen aus dem Landkreis Cuxhaven vom 15. bis 24. Juli auf einer Erlebnistour nach Schweden mit Mitarbeiter*innen des Paritätischen gemacht. Bereits im September 2021 hatte der Paritätische Cuxhaven ein Gruppenhaus am See in Dälidenäs gebucht und im Förderprogramm „AUF!leben“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen Antrag für das erlebnispädagogische Jugendbildungsseminar gestellt. Dank der gewährten Förderung konnten auch junge Menschen, die sich eine Auslandsreise sonst nicht leisten können, kostenlos teilnehmen. Und nicht nur das: Jede*r Teilnehmende wurde zusätzlich mit Schlafsack, Isomatte und weiteren Gegenständen ausgestattet.



Foto: Kai Uhlhorn

Eine zehntägige Schwedentour im Gruppenhaus am See in Dälidenäs erlebten 36 junge Menschen aus dem Landkreis Cuxhaven mit dem Paritätischen.

Am 15. Juli sammelten sich alle Teilnehmenden abends im Jugendcafé Stellwerk und verbrachten dort die vorerst letzte Nacht in Deutschland, bevor es am nächsten Tag auf die Reise ging. Gegen 22 Uhr am 16. Juli war es dann soweit: Der Bus bog um die letzte Ecke eines typischen schwedischen Schotterweges, um dann auf das weitläufige Gelände des Hauses am See zu fahren. Nach dem Zimmer- oder Zeltbezug und der ersten Begehung des Hauses und Geländes gab es ein gemeinsames warmes Abendessen und ein Lagerfeuer. In den folgenden Tagen blieb dann einerseits genügend Raum, um die Umgebung, Natur und bei sommerlichen Temperaturen den See

zu nutzen. Andererseits standen verschiedene Aktivitäten auf dem Programm. Ergänzt wurde das Programm durch mehrere teamfördernde Angebote. Am letzten Tag hieß es dann Zelte abbauen und Material verstauen, bevor es am 24. Juli mit den Bussen wieder in Richtung Deutschland ging.

„Pädagogisch und konzeptionell konnte der Paritätische alle seine Ziele erreichen“, fasst Kai Uhlhorn, stellvertretender Geschäftsführer des Paritätischen Cuxhaven, zusammen. „Über Grenzerfahrung auf dem See, beim Wandern, aber auch beim Sammeln von Beeren und Pilzen konnten alle sich auf ihre Grundbedürfnisse zurückbesinnen und im Rahmen der Umgebung gänzlich vom Alltag und ihren Sorgen abschalten. Die Gruppe und deren Dynamik war die ganze Zeit harmonisch und konfliktfrei und jede*r Einzelne konnte seine individuellen Eindrücke und Erlebnisse sammeln.“

Warum sind diese Bildungserlebnisse so wichtig, lohnt sich der finanzielle Aufwand? Ja, denn: Noch Wochen danach sind bei den Teilnehmenden positive Entwicklungen zu erkennen – die Ergebnisse der Beziehungsarbeit, der Grenzerfahrung und insbesondere der Wertschätzung. Die Teilnehmenden haben ganz andere Zugänge zu den Betreuenden entwickelt. Sie wurden aktiviert, das Gruppengefüge gestärkt und manche Persönlichkeit nachhaltig stabilisiert. Das Erleben von Authentizität, Ehrlichkeit, die Rückbesinnung auf Grundbedürfnisse, das gemeinschaftliche Erleben, all dies hat im Gesamtkontext dazu geführt, dass die Teilnehmenden sich selbst hinterfragen, Wertschätzung und Selbstwirksamkeit erfahren: „Schweden“ war eine rundum erlebnispädagogische Bildungsfahrt. Der Paritätische Cuxhaven hat daher bereits jetzt die Planungen für eine Fahrt nach Norwegen in 2023 aufgenommen. Auch wenn die Förderung noch weitestgehend ungeklärt ist: Skandinavien hat infiziert und muss für diese Zielgruppe unbedingt wieder sein.

KAI UHLHORN

Stellv. Geschäftsführer
Paritätischer Cuxhaven
kai.uhlhorn@paritaetischer.de

BÄM-KAMPAGNE 2.0 – JETZT AUCH IM RADIO!

Das Paritätische Jugendwerk Niedersachsen hat, gemeinsam mit einigen Mitgliedsorganisationen, im Mai 2022 die zweite Runde seiner Kampagne zur Stärkung der Offenen Jugendarbeit gestartet. Hierbei stehen die Themen Wertschätzung und Öffentlichkeitsarbeit im Fokus.

Mittlerweile haben im Rahmen der BÄM-Kampagne 2.0 fünf Politiker*innen-Tour-Termine in den Einrichtungen der Projektteilnehmer*innen stattgefunden. Am 30.11.22 folgt das sechste Tour-Treffen mit Dr. Frank Schmäddeke (CDU) beim paritätischen Mitglied Sprotte e.V. in Nienburg. Alle Treffen konnte die Projektgruppe als BÄMigen Erfolg verbuchen: Die Politiker*innen waren durchweg von der Kampagne begeistert und wollen sich auch für „BÄM“ starkmachen.

Im November gab es außerdem gleich zwei jeweils 60-minütige Radiosendungen zur BÄM-Kampagne, in denen natürlich auch der eigens komponierte BÄM-Song gespielt wurde. Für das Interview führen Projektteilnehmer Christoph Lenz und Projektkoordinatorin Natascha Samp ins Studio von Radio ZuSa nach Lüneburg. Sendung verpasst? Kein Problem: Auf dem Instagram-Account [@kampagne_offene_jugendarbeit](https://www.instagram.com/kampagne_offene_jugendarbeit) steht das Interview, neben vielen weiteren Informationen zur Kampagne, zum Nachhören bereit.

Auch im kommenden Jahr bleibt es spannend: Von Januar bis April geht es mit „BÄM“ an verschiedene Hochschulen. Dort werden Projektkoordinatorin Natascha Samp und Projektteilnehmer*innen den Stu-



BÄM: Christoph Lenz und Natascha Samp im Studio von Radio ZuSa in Lüneburg.

dierenden der Sozialen Arbeit einen Einblick in die BÄM-Kampagne geben und den Bereich der Offenen Jugendarbeit und dessen Bedeutung in den Mittelpunkt stellen. Den Auftakt hierfür gab es bereits im Sommer dieses Jahres an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst in Holzminden.

NATASCHA JULIKA SAMP

Projektkoordination
Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen
natascha.samp@paritaetischer.de
www.paritaetisches-jugendwerk.de

Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit

Jetzt den VdK unterstützen und Mitglied werden!

www.vdk.de/nb



PANORAMA UND SERVICE





DER PARITÄTISCHE MITTENDRIN!

Die Landtagswahl im Oktober 2022 hat der Paritätische Niedersachsen gut genutzt, um bei verschiedenen Veranstaltungen soziale Themen und Forderungen für ein soziales Niedersachsen in die Öffentlichkeit zu bringen. Unsere Bildergalerie lässt diese Events noch einmal Revue passieren.

TALK ZUR LANDTAGSWAHL

Krieg in der Ukraine, Energiekrise, Inflation – diese Themen beschäftigen auch die Menschen in Niedersachsen. Rund einem Monat vor der Wahl diskutierte Kerstin Tack, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen (Mitte), am 7. September beim Paritätischen Talk zur Landtagswahl in Hannover mit prominenten Vertreter*innen von SPD, CDU, Grünen und FDP darüber, wie die soziale Landschaft zwischen Harz und Küste nach der Wahl aussehen soll. Zu Gast im Peppermint Pavillon auf Hannovers Expo-Gelände waren, von links: Sozialministerin Daniela Behrens (SPD), Volker Meyer, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Meta Janssen-Kucz, pflegepolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, und Stefan Birkner, Fraktionsvorsitzender der FDP im Landtag. Vertreter*innen des Paritätischen und seiner Mitgliedsorganisationen verfolgten die Diskussion vor Ort, außerdem wurde die Talk-Runde live im Internet gestreamt. Energiekrise, Inflation, Krieg in der Ukraine und Corona: Zu Beginn der Diskussion standen die aktuellen Themen im Fokus, doch auch



für Megathemen wie den Fachkräftemangel, die Kita-Krise und (Alters-)Einsamkeit müssen Lösungen her. Der Paritätische bietet dazu konkrete Vorschläge an, die beim Talk diskutiert wurden. Die Aufzeichnung der Talk-Runde gibt es auf dem YouTube-Kanal des Paritätischen Niedersachsen unter www.youtube.com/paritaetischernds zu sehen.

KITA: JOB-SPEEDDATING FÜR ABGEORDNETE

Fachkräfte werden für Kitas händeringend vielerorts gesucht. Was liegt da näher, als bei den scheidenden Landtagsabgeordneten für eine neue Berufsperspektive zu werben? Das Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen e.V., dem auch der Paritätische angehört, hat am 21. September mit einem Job-Speeddating vor dem Landtag potenzielle Quereinsteiger*innen angesprochen. Dabei konnten die niedersächsischen Landtagsabgeordneten die Kita-Fachkräfte in einem "Bewerbungsgespräch" von ihren Qualitäten überzeugen: Stefan Politze (SPD), Christian Fühner (CDU), Julia Willie Hamburg (Grüne) und Björn Försterling (FDP) vertraten ihre jeweiligen



Fraktionen in den Kurzgesprächen, bei denen es u.a. um die Ausbildungsvergütung, die dritte Fachkraft, Weiterentwicklungsperspektiven und Qualitätsstandards ging. Die Politiker*innen der demokratischen Parteien diskutierten die Situation und äußerten sich konstruktiv und verständnisvoll zur Problemlage.

WAHLZEIT? MAHLZEIT!

Die Preise steigen, und immer mehr Menschen haben am Monatsende nicht mehr genug Geld für Lebensmittel übrig: Ihr Einkaufswagen bleibt leer. Um die dramatische Situation zu verdeutlichen, hat die Landesarmutskonferenz Niedersachsen, bei der auch der Paritätische Mitglied ist, am 21. September einen symbolischen riesigen, leeren Einkaufswagen vor dem Landtag geparkt. Neben unserer Vorsitzenden Kerstin Tack (Mitte) und unserem Referenten für Sozialpolitik Maximilian Hennies (2. v. re.) waren auch Vertreter*innen der anderen Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften dabei und haben mit Mitgliedern des Sozialausschusses über eine nachhaltige Armutsbekämpfung diskutiert. Denn es braucht konkrete Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene, um den Herausforderungen dieser Krise zu begegnen!



#SOLIDARISCHERHERBST

Mehr als 2000 Menschen haben sich am 22. Oktober in Hannover an der Kundgebung des Bündnisses #SolidarischerHerbst beteiligt. Aufgerufen zu dem Protest für schnellere Entlastungen für Bedürftige in der Energiekrise, für ein Ende fossiler Abhängigkeiten und für massive Investitionen in erneuerbare Energien hatte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus attac, BUND, Campact, der GEW, Greenpeace, dem Paritätischen, ver.di, dem Verein Finanzwende, dem Wohlfahrtsverband Volkssolidarität und weiteren Organisationen. Zeitgleich fanden Demonstrationen in Berlin, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt und Stuttgart statt.



ANIKA FALKE

Referentin für digitale Kommunikation
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
anika.falke@paritaetischer.de

PERSONALIA

AUS DEM VERBAND

Verstärkung für das EU-Freiwilligenprojekt

Marc Leicht verstärkt seit dem 1. November die Koordination des EU-Freiwilligenprojekts des Paritätischen Niedersachsen, in dem auf EU-Ebene Fachkräftesicherung mit Freiwilligenarbeit betrieben wird. Marc Leicht widmet sich dabei der Organisation und Zusammenarbeit von Mitgliedsorganisationen und Freiwilligen.

>> KONTAKT | marc.leicht@paritaetischer.de



Marc Leicht

Neue Fachberatung Sucht

Der Fachbereich Sucht ist unter neuer Leitung: Carsten Theile hat zum 1. November die Nachfolge von Anke Knapp als externe Fachberatung angetreten. Carsten Theile ist seit vielen Jahren in der Suchthilfe tätig, unter anderem in der Drobs Hannover – Fachstelle für Sucht und Suchtprävention, einer Einrichtung der Paritätischen Tochtergesellschaft STEP.

>> KONTAKT | carsten.theile@paritaetischer.de



Carsten Theile

Elternzeitvertretung für Frauen, Familie und LGBTIQ*

Khady Badiane-Danso ist seit dem 1. November neue Fachberaterin für Frauen, Familie und LGBTIQ*. Sie übernimmt das Amt als Vertretung von Marie Plinke, die im November in den Mutterschutz mit anschließender Elternzeit gegangen ist. Khady Badiane-Danso ist somit für das Jahr 2023 Ansprechpartnerin für Mitglieder des Fachbereichs.

>> KONTAKT | khady.badiane-danso@paritaetischer.de



Khady Badiane-Danso

Neue Referentin Selbsthilfekontaktstellen, Beratungsstellen und Freiwilligenagenturen

Die Selbsthilfekontaktstellen, Beratungsstellen und

Freiwilligenagenturen des Paritätischen Niedersachsen und seiner Mitgliedsorganisationen haben eine neue Ansprechpartnerin: Seit dem 1. September ist Carolina Kalmbach, die zuvor im Paritätischen Peine u.a. das Projekt „JUNGregio“ aufgebaut hat, für die Belange der Einrichtungen zuständig.

>> KONTAKT | carolina.kalmbach@paritaetischer.de



Carolina Kalmbach

Arbeitskreis Schuldnerberatung unter neuer Leitung

Nach fast 37 Jahren Schuldnerberatung beim Paritätischen Nienburg und langjähriger Leitung des Arbeitskreises Schuldnerberatung ist Wolfgang Lippel zum 1. Oktober in den Ruhestand eingetreten. Seine Nachfolgerin als Leiterin des Arbeitskreises Schuldnerberatung ist Dorothee Rensen.

>> KONTAKT | dorothee.rensen@paritaetischer.de



Dorothee Rensen

Maximilian Hennies ist neuer LAK-Sprecher

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 23.11.2022 Maximilian Hennies, Referent für Sozialpolitik beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., einstimmig zu ihrem neuen Sprecher gewählt. Die Landesarmutskonferenz ist ein starkes Sprachrohr für von Armut betroffene Menschen und ein wichtiger Akteur auf der Landesebene.

>> KONTAKT | maximilian.hennies@paritaetischer.de
www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de



Maximilian Hennies

Abschied von Anne Günther

Nach sechs Jahren als Leiterin der Abteilung I Mitgliederbetreuung, Pflege, Gesundheit und Integration hat Anne Günther den Paritätischen Niedersachsen aufgrund einer beruflichen Veränderung zum 1. November verlassen. Anne Günther hat den Verband fachlich mit ihrem breiten Wissen



Anne Günther

über das Rechtswesen und die Sozialpolitik enorm bereichert und hat unseren Mitgliedsorganisationen immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Ihre Nachfolge als neue Abteilungsleiterin werden wir in der nächsten Ausgabe des Parität Report vorstellen.

Aus der Landesgeschäftsstelle

Der Verbandsrat und der Vorstand des Paritätischen Niedersachsen haben Namensänderungen für zwei Fachbereiche beschlossen. Der Fachbereich „Behindertenhilfe“ wurde in „Teilhabe für Menschen mit Beeinträchtigungen“ umbenannt. Der Fachbereich „Frauen und Familien“ heißt nun „Frauen, Familie und LGBTIQ*“. Alle Änderungen im Überblick können Sie unserem Organigramm entnehmen. Sie finden es auf www.paritaetischer.de/ueber-uns.

AUS DEN MITGLIEDSORGANISATIONEN

Wechsel an der Spitze des Blinden- und Sehbehindertenverbands

Der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V. hat auf seinem Verbandstag am 1. Oktober seinen Vorstand neu gewählt: Neuer Vorsitzender ist Hans-Werner



Hans-Werner Lange

ner Lange, der nach 37 Jahre als hauptamtlicher Geschäftsführer des BVN ins Ehrenamt wechselt. Er tritt die Nachfolge von Helga Neumann an, die den BVN seit 1999 geführt hatte. Langes Nachfolge als Geschäftsführer ist Gerd Schwesig.

>> KONTAKT | www.blindenverband.org

Lebenshilfe Niedersachsen wählt neuen Landesvorsitzenden

Die Lebenshilfe Niedersachsen hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 26.11. Erwin Drefs zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Erwin Drefs war unter anderem zuvor als stellvertretender Vorsitzender im Landesvorstand, Geschäftsführer der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg und Fachberater Behindertenhilfe im Paritätischen Niedersachsen aktiv. Er löst Franz Haverkamp ab, der sein Amt nach 13 Jahren niedergelegt hatte und zum Dank für sein jahrelanges Engagement mit der Ehrennadel in Gold der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. ausgezeichnet wurde.

>> KONTAKT | www.lebenshilfe-nds.de



Erwin Drefs



Franz Haverkamp

LEBENSILFE FEIERT 60-JÄHRIGES BESTEHEN

Beim Festakt zum 60. Jubiläum der Lebenshilfe Niedersachsen standen Vielfalt und Teilhabe im Mittelpunkt

Einer der größten Verbände, der die Interessen von Menschen mit Beeinträchtigung in Niedersachsen vertritt, hat am 13. Oktober im Rahmen eines Festaktes seinen 60. Geburtstag gefeiert. Der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Landesvorsitzende, Franz Haverkamp, betonte bei seiner Begrüßung: „Mit unserer Fachlichkeit verbunden mit dem Blickwinkel von Menschen mit Beeinträchtigungen, Eltern und Angehörigen sowie Menschen, die in unseren Angeboten arbeiten, ist es uns gelungen, in den sechs Jahrzehnten die Arbeit für Menschen mit Beeinträchtigungen zu prägen.“



Feierten 60 Jahre Lebenshilfe, von links: Frank Steinsiek, Landesgeschäftsführer der Lebenshilfe Niedersachsen; Rolf Flathmann, Bundesvorsitzender der Lebenshilfe Bundesvereinigung; Monika Blaszyński, Vorstandsmitglied der Lebenshilfe Niedersachsen; Gabriele Bökenkröger, stellvertretende Landesvorsitzende der Lebenshilfe Niedersachsen; Belit Onay, Oberbürgermeister von Hannover; Heiger Scholz, Staatssekretär MS; Kerstin Tack, Vorsitzende des Paritätischen Landesverbands Niedersachsen; Franz Haverkamp, Landesvorsitzender der Lebenshilfe Niedersachsen.

PARITÄTISCHER NIEDERSACHSEN UNTER-SCHREIBT #POSITIVARBEITEN – SIE AUCH?

HIV-positive Menschen arbeiten beim Paritätischen Niedersachsen frei von Diskriminierung: Gemeinsam mit drei weiteren Verbänden und Unternehmen (darunter auch unser Mitglied pro familia Niedersachsen) haben wir am 25. November die Erklärung „Positiv arbeiten – für Respekt gegenüber Menschen mit HIV in der Arbeitswelt“ unseres Mitglieds Landesverband Sexuelle Gesundheit (ehemals Aidshilfe Niedersachsen) unterzeichnet und machen so deutlich, dass Respekt und Fairness Werte sind, die in unserem Verband wirklich gelebt werden. „Diskriminierung und Ausgrenzung haben bei uns keinen Platz“ sagt Kerstin Tack, Vorsitzende des Paritätischen Niedersachsen. „Deswegen beteiligen wir uns gern am Bündnis #positivarbeiten und wollen auch unsere mehr als 870 Mitgliedsorganisationen ermuntern, die Deklaration zu unterzeichnen.“ Mehr Informationen sind unter www.niedersachsen.aidshilfe.de erhältlich.



Nach der Unterzeichnung von #positivarbeiten (von links): der Vorstand des Paritätischen – Rainer Flinks (Vorstand Wirtschaft & Finanzen) und Kerstin Tack (Vorsitzende) – sowie Dirk Engelmann (Leiter Techniker Krankenkasse Landesvertretung Niedersachsen), Jürgen Hoffmann (Vorstand Aidshilfe Niedersachsen), Uta Engelhardt (Landesgeschäftsführerin pro familia Landesverband Niedersachsen) und Francesca Ferrari (Geschäftsleiterin Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und Koordinierungsstellen für das Ehrenamt in Niedersachsen e.V.).

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen

SOVD

Wie groß ist dein

ARMUTS
SCHATTEN

Immer mehr Menschen leben in Armut oder sind davon betroffen. Um etwas dagegen zu tun, muss die Politik endlich handeln. Mit unserer Kampagne weisen wir auf das Problem hin und machen die Gefährdung sichtbar. Denn: Betroffene brauchen dringend unsere Unterstützung.

www.armutsschatten.de

WILLKOMMEN IM PARITÄTISCHEN WOHLFAHRTSVERBAND NIEDERSACHSEN E.V.

Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

Der Paritätische Niedersachsen hat auf seinen Vorstandssitzungen die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen beschlossen, die wir Ihnen hier kurz vorstellen. Weitere Informationen finden Sie auf www.paritaetischer.de/mitgliedsorganisationen.

Familienservice Wolfsburg gGmbH, Wolfsburg

Seit 1994 steht der Wolfsburger Familienservice Familien und Unternehmen zur Seite, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Organisation flexibler Betreuungslösungen geht. Er entwickelt und vermittelt passgenaue Betreuungsformen und berät in allen Belangen rund um das Thema Kinderbetreuung. Die pädagogischen Fachkräfte begleiten sowohl Eltern als auch Betreuungspersonen individuell und sorgen fortlaufend für die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Angebote.



>> **KONTAKT** | info@familienservice-wolfsburg.de
www.familienservice-wolfsburg.de

KAKADOO.Alle Zusammen e.V., Osnabrück

Zweck des Vereins ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und Teilhabe für Afrikaner*innen sowie für Schutzsuchende und Zugewanderte in der deutschen Gesellschaft. Darüber hinaus setzt sich der Verein für die Förderung der Völkerverständigung und der kulturellen Vielfalt durch Teilhabe und Integration von Afrikanern sowie Schutzsuchenden und Zugewanderten in der deutschen Gesellschaft ein.



>> **KONTAKT** | info@kakadoo-az.de
www.kakadoo-az.de

Sozialwerk Gemeinsam für Braunschweig e.V., Braunschweig

Der Verein „Sozialwerk – Gemeinsam für Braunschweig e.V.“ wurde im Februar 2021 aus dem Braunschweiger Zusammenschluss „Evangelische Allianz“ heraus gegründet und hat seinen Sitz in Braunschweig. Ziel ist es, die Lebensqualität der Menschen

zu verbessern und soziale Nöte zu lindern. Das Sozialwerk gliedert sich auf in zwei Teilbereiche. Sie bieten einerseits Unterstützung im Rahmen eines Pflegedienstes „Behütet zu Hause“ andererseits psychosoziale Beratung unter dem Namen „Das Nest“ an.



>> **KONTAKT** | info@sozialwerk-bs.de
www.sozialwerk-bs.de

Struwelpetra e.V., Hameln

Der Verein wurde 1988 gegründet und betrieb anfänglich als Elterninitiative eine kleine Kindergruppe von sechs Kindern. Mittlerweile bietet der Kinderladen „Struwelpetra“ zwei Gruppen mit Plätzen für jeweils 25 Kinder. Ein Schwerpunkt der Vereinsarbeit besteht darin, der Benachteiligung von Alleinerziehenden und Frauen im Berufsleben entgegen zu wirken, zudem sollen insbesondere Einzelkinder in die Lage versetzt werden, notwendige soziale Beziehungen mit Gleichaltrigen aufzubauen.



>> **KONTAKT** | info@struwelpetra-hameln.de

Verein für Sozialpädagogik e.V. Holenberg

Der Verein für Sozialpädagogik e.V. Holenberg bietet Betreuung und Förderung für Kinder, Jugendliche und deren Familien mit dem Ziel, vorhandene Schwierigkeiten auf dem Lebensweg so zu bearbeiten, dass eine annehmbare Lebenssituation für alle Beteiligten wieder möglich ist. Das Angebot umfasst eine Jugendwohngemeinschaft, Tagesgruppen, Familienhebammen, Sozialarbeit an Schulen und vielfältige weitere ambulante pädagogische Angebote.



>> **KONTAKT** | verwaltung@vfs-holenberg.de
www.vfs-holenberg.de

VERANSTALTUNGEN

Weitere Informationen und direkte Anmeldeöglichkeiten zu unseren Fachtagen und Seminaren finden Sie in unserem neuen Veranstaltungsportal auf: www.paritaetischer.de/veranstaltungsportal.

JANUAR 2023

23.01.2023

TAGESSEMINAR

Zeit- und Selbstmanagement –
Effektive Arbeitstechnik und Zeitplanung

24.01.2023

SEMINAR

Zwischen Büro und Home Office – Beispiele für kollaboratives Arbeiten in der Sozialwirtschaft

27.01.2023

TAGESSEMINAR

„TVöD für Fortgeschrittene“

FEBRUAR 2023

09./10.02.2023

ZWEITÄGIGES SEMINAR

Mobbing in der Arbeitswelt – Zeichen erkennen und richtig Handeln

15.02.2023

HALBTAGS-WORKSHOP

Argumentieren gegen Stammtischparolen

18.02.2023

TAGESSEMINAR

„Leistungs- und Entgeltverhandlungen im Bereich (teil-)stationäre Hilfen zur Erziehung“ gemäß §§ 78a ff. SGB VIII in Niedersachsen

18./19.02.2022

TAGESSEMINAR

Virtuelle Führung – Führung aus Distanztrieben“

MÄRZ 2023

07.03.2023

SEMINAR

Welche Rechtsform passt zu uns? Rechtsformen für die gemeinnützige Arbeit

22.03.2023

TAGESSEMINAR

„Hilfe! Wir finden keine Vorstandsnachfolge – Alternativen zum ehrenamtlichen Vereinsvorstand“

APRIL 2023

25.04.2023

TAGESSEMINAR

Fit im Kopf - Gedächtnistraining, ganz individuell

27.04.2023

WORKSHOP

„Gestärkt aus der Krise kommen“

Ihre Ansprechpartnerin:

TIMEA THOMSEN

Sekretariat Abteilung Mitgliederbetreuung, Pflege,

Gesundheit und Integration

Tel.: 0511/524 86-368

timea.thomsen@paritaetischer.de

VERBANDSJUBILÄEN

Wir gratulieren folgenden Mitgliedsorganisationen zu Jubiläen ihrer Mitgliedschaft im Paritätischen Niedersachsen in den Monaten September, Oktober, November und Dezember 2022:

10 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 2012)

- Deutscher Kinderschutzbund Ortsverband Uelzen e.V., Uelzen
- Kneipp-Verein Aurich e.V., Aurich
- Konzept Integrativer Methodik Institut KIM e.V., Wolfsburg
- Lebenshilfe für Menschen mit Behinderungen Kreisvereinigung Wittmund e.V., Wittmund
- PFEIL Harburg PflgeEltern Initiative im Landkreis Harburg e.V., Winsen
- SchLAu Hannover e.V., Hannover
- DAA - Deutsche Angestellten-Akademie GmbH, Uelzen
- Landesverband der Tafeln in Niedersachsen und Bremen e.V., Lingen
- Lebenshilfe Goslar gemeinnützige GmbH, Goslar
- Lega S Jugendhilfe gemeinnützige GmbH, Osnabrück

20 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 2002)

- Deutscher Kinderschutzbund e.V. Ortsverband Hildesheim Stadt und Land, Hildesheim
- TRANSPARI - Bürgerstiftung im Paritätischen Niedersachsen, Hannover
- Wir für uns Bewohner- und Bewohnerinnenverein Kennedyviertel e.V., Oldenburg
- Wohnkonzept 12 e.V., Hannover
- Verein für Jugendhilfe e.V., Wittingen

25 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1997)

- DROBS Drogenhilfe Hildesheim e.V., Hildesheim
- Heimatverein der Deutschen aus Russland e.V., Molbergen
- Betreuungsverein Hildesheim e.V., Hildesheim

- Deutscher Kinderschutzbund e.V. Ortsverband Lehrte, Lehrte
- Projekt Probsthagen e.V., Stadthagen
- Regenbogen e.V., Anklam

30 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1992)

- Integrativer Kindergarten und Krippe Bad Zwischenahn e.V., Bad Zwischenahn
- Interessengemeinschaft Eltern geistig Behinderter e.V., Barsinghausen

35 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1987)

- AIDS-Hilfe Oldenburg e.V., Oldenburg
- Hildesheimer Aids-Hilfe e.V., Hildesheim
- Förderverein der Peter-Pan-Schule e.V., Wolfsburg
- Heilpädagogisches Kinder- und Jugendheim "Eichenhof" GmbH, Rotenburg
- Lebenshilfe Rotenburg - Verden gGmbH, Rotenburg

40 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1982)

- Lebenshilfe Helmstedt-Wolfenbüttel gGmbH, Wolfenbüttel
- Tobias-Haus Ovelgönne e.V., Hambühren
- Verein für Sozialmedizin Grafschaft Bentheim e.V., Nordhorn
- AKAK - Arbeitskreis Ausländischer Kinder e.V., Hameln
- Freie sozialtherapeutische Werkstätten Steinfeld e.V., Bülstedt
- Guttempler-Hausverein Hannover e.V., Hannover

45 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1977)

- Gemeinnütziger Verein für Sozialarbeit Wildeshausen e.V., Wildeshausen

50 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1972)

- Lammetal GmbH, Lamspringe
- Gemeinnützige Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit Hannover mbH, Hannover

DER PARITÄTISCHE STELLENMARKT

Sie suchen neue Mitarbeiter*innen? Wir helfen Ihnen! Senden Sie Ihre Ausschreibung als drucktaugliches PDF an report@paritaetischer.de. Die Veröffentlichung ist für Mitgliedsorganisationen kostenlos!

GESO – gemeinnützige Gesellschaft für soziale Hilfen im Landkreis Rotenburg mbH

Wir unterstützen Menschen mit Behinderungen in ihrer Teilhabe. Zur Verstärkung unseres Teams suchen wir einen initiativen Menschen für die

Fachliche Leitung (m/w/d)
Sozialarbeiter(in)/Sozialpädagoge(in)
oder vergleichbare Qualifikation
in Vollzeit (mind. 30 Stunden).

Voraussetzungen sind Berufserfahrung und Leidenschaft bei der Unterstützung von Menschen mit Handicap und im Umgang mit Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung sowie unternehmerisches und kaufmännisches Interesse und Verständnis.

Hohe soziale Kompetenz, Teamfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit setzen wir voraus.

Nähere Informationen zu dieser Stelle finden Sie unter www.geso-hilfen.de

Bewerbungen bitte per E-Mail an buero.row@geso-hilfen.de

GESO
beraten • unterstützen • begleiten

Gesellschaft für soziale Hilfen
im Landkreis Rotenburg gGmbH
Nordstraße 3
27356 Rotenburg (Wümme)
Telefon: 04288 9279817

DER PARITÄTISCHE NIEDERSACHSEN IN DEN SOZIALEN NETZWERKEN

Aktuell und vielfältig: Vernetzen Sie sich mit uns in den Sozialen Netzwerken! Auf unseren Kanälen posten wir über soziale Themen und aus dem Verbandsleben.

Folgen sie uns auf:

 www.facebook.com/paritaetischer

 www.twitter.com/Paritaetischer

 www.instagram.com/paritaetischer_nds

 www.youtube.com/user/paritaetischernds

WERBEN IM PARITÄT REPORT

Sie möchten im Parität Report eine Anzeige schalten?

Wir beraten Sie dazu gern. Fordern Sie einfach unter: report@paritaetischer.de unsere gültige Anzeigenpreisliste an.

IHR PARITÄTISCHER IN NIEDERSACHSEN

VORSITZENDE DES VERBANDSRATS



Ulla Klapproth
ulla.klapproth@paritaetischer.de



Kurt Spannig
k.spannig@gmail.com

HAUPTAMTLICHER VORSTAND



Kerstin Tack
Vorsitzende
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 0511 / 52486-0
landesverband@paritaetischer.de



Rainer Flinks
Vorstand Wirtschaft und Finanzen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 0511 / 52486-0
landesverband@paritaetischer.de

IHRE ANSPRECHPARTNER*INNEN IM PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN

Haben Sie ein bestimmtes Anliegen? Suchen Sie fachlichen Rat oder kompetente Unterstützung? Unsere Expertinnen und Experten der sozialen Arbeit helfen Ihnen gerne weiter!

Auf www.paritaetischer.de/kontakt finden Sie auf einen Blick Kontaktangaben zu allen wichtigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

EHRENVORSITZENDE

Günter Famulla

Vorsitzender 1997 bis 2009
Ehrevorsitzender seit 2009

Wolfgang Neubelt †

Direktor 1956 bis 1988
Vorsitzender 1988 bis 1997
Ehrevorsitzender 1997 bis 2015

Karin Ruth Diederichs †

Vorsitzende 1980 bis 1988
Ehrevorsitzende 1988 bis 2017

MITGLIED WERDEN IM PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN

Umfangreiche Information und fachliche Beratung, Austausch mit anderen Organisationen aus dem gleichen Arbeitsgebiet, hilfreiche Dienstleistungen, Rahmenverträge, Stiftungsmittel und vieles mehr – eine Mitgliedschaft im Paritätischen Niedersachsen hat viele Vorteile! Näheres dazu erfahren Sie auf www.paritaetischer.de/mitgliedwerden

Wir freuen uns darauf, Sie in der bunten paritätischen Familie begrüßen zu können!



www.paritaetischer.de

